Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die Post bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Schiffreeanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger G. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 3 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 157. Freitag den 7. Juli 1922 49. Jahrg.

Schutzgesetz und Außenpolitik.

Am Donnerstag wurde der Dollar in Berlin mit 460 M bezahlt; soweit diese Ziffer nicht durch Spekulation beeinflußt ist, drückt sich darin das Urteil der maßgebenden ausländischen Geldplätze über die Kreditfähigkeit Deutschlands aus. Infolge des Scheiterns der Anleiheverhandlungen und verschiedener wirtschaftlicher Teilursachen wäre der Markkurs in diesem Sommer, freilich nicht in dem jetzigen Tempo, unbedingt weiter gesunken, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir etwa im September, wenn inzwischen nichts Wesentliches in der Reparationsfrage geschehen wäre, den heutigen Kurs erreicht hätten. Aber allein das Tempo, in dem das Unausbleibliche sich diesmal vollzieht, birgt die Gefahren der inneren Katastrophe, die jede fernere Regelung der äußeren Verpflichtungen Deutschlands erschweren muß. Für die Beschleunigung des Tempos war in erster Linie der Inlandseindruck der Ermordung Rathenaus maßgebend; und zwangsläufig muß nun jede Wendung der inneren Krise weiter auf den Markkurs drücken. Dabei ist nicht zu übersehen, wie empfindlich insbesondere die New-Yorker Finanzwelt gegen jede Radikalisierung eines Staatswesens zu sein pflegt, mit dem irgendwelche Finanzverbindungen aufgenommen werden sollen. Gegen Sowjetrußland hat sich nicht einmal Frankreich so scharf ablehnend verhalten wie die Vereinigten Staaten, und eine übermäßige Verstärkung des sozialistischen Elements in der deutschen Regierung könnte die Anleihebereitschaft des amerikanischen Kapitals, soweit sie überhaupt noch vorhanden ist, noch weiter herabmindern.

Diese Bedenken müssen heute vorgebracht werden, da die Erweiterung der Regierungsbasis nach links nicht mehr eine bloße politische Forderung, sondern offizieller Verhandlungsgegenstand für sämtliche Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen geworden ist. Aus der Lage der inneren Politik heraus ist diese Regierungserweiterung durchaus verständlich und sie ist sogar dann notwendig, wenn die Sicherheit besteht, daß die Mehrheitssozialisten ohne die Unabhängigen an der Regierung nicht mehr teilnehmen wollen. Bei dem engen Verhältnis, das die beiden Parteien in den letzten Tagen eingegangen sind, und bei der gemeinsamen Abwehrstellung gegen die immer tiefer in wüste Hetze verfallenden Kommunisten ist nicht nur diese Sicherheit, sondern darüber hinaus noch die Wahrscheinlichkeit einer Verschmelzung der beiden Parteien ins Auge zu fassen. Eine Ablehnung der Regierungserweiterung nach links könnte daher die Folge haben, daß die Fusion der beiden sozialistischen Parteien sofort erfolgt und daß man für die Regierungsumbildung mit einer ververeinigten sozialistischen Partei von annähernd 180 Reichstagsmandaten zu rechnen hat. Man sieht daraus schon, daß man mit der einfachen Ablehnung der Regierungserweiterung nach links an der tatsächlichen Situation nicht nur nichts ändert, sondern die Krise noch verschärft. Die Erkenntnis dieser Lage hat denn auch dazu geführt, daß die beiden bürgerlichen Regierungsparteien sich an die Deutsche Volkspartei gewandt haben.

Inzwischen ist das Gesetz zum Schutz der Republik von dem Rechtsausschuß einem Unterausschuß übergeben worden, der zunächst die Aufgabe hat, die ziemlich große Zahl der verschiedenen Abänderungsanträge zu gruppieren und sowohl die Verschärfungs- wie auch die Milderungswünsche möglichst auf eine Linie zu bringen. Nach dem bisherigen Verlauf der Ausschußbebatte ist nicht damit zu rechnen, daß das Zentrum und die Demokratie an dem Wesen des Gesetzes Änderungen mitmachen würden; es wird sich also in der Hauptsache darum handeln, sozialistische Verschärfungsanträge abzuwehren und auf der anderen Seite die Wünsche der Deutschen Volkspartei auf ihre sachliche Begründung zu untersuchen. Daß rasche Arbeit nötig ist, gaben bis auf den deutschnationalen Ausschußvertreter alle Redner zu.

Die außenpolitische Wirkung einer Regierungserweiterung nach links, ebenso die nach dem heutigen Stand der Dinge kaum mehr zweifelhafte Unvermeidlichkeit dieser Erweiterung haben wir oben berührt; es handelt sich nur darum, wie man die außenpolitische Wirkung dieses Vorgehens so lenkt, daß kein Schaden daraus entstehen kann. Der beste Weg wäre ohne Zweifel der gleichzeitige Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung.

Nicht zu vergessen ist, daß das Urteil des Auslandes über Deutschland in sehr hohem Maße von dem Grad abhängt, in dem sich nun, auf dem Wege über das Schutzgesetz, der Lebenswille des heutigen Deutschland kundgibt. Ist für die Stimmung Amerikas eine einseitige Regierungserweiterung nach links nicht ganz unbedenklich, so ist diese Erweiterung für England und Frankreich ohne Zweifel ein Beweis, daß die so viel berufene „Böswilligkeit" Deutschlands in der Tat nicht besteht; und nach der Regierungserklärung in der letzten Unterhaussitzung, in der die Entwaffnung Deutschlands als alle Erwartungen der Interalliierten Kommission übertreffend geschildert wurde, würde eine Betonung des Linkscharakters der deutschen Regierung jeden weiteren Vorwand für die französische Hetze im Keim ersticken. Die Erweiterung nach links und nach rechts zugleich wäre also die beste Lösung, wenn man die außenpolitische Lage in Betracht zieht; und als kleine Überraschung wäre hier noch anzuführen, daß am Mittwoch der Abg. Dühringer als Vertreter der Deutschnationalen Partei im Reichstage feststellte, man könne der Regierung hinsichtlich ihrer Außenpolitik eigentlich keinen Vorwurf machen. Diese Äußerung steht in krassem Widerspruch zu dem ganzen bisherigen Verhalten der Deutschnationalen und insbesondere zu der bisherigen Tonart ihrer Presse, und sie hebt den Kern der letzten Rede Helfferichs geradezu. Jedenfalls aber läßt diese Äußerung erkennen, daß wir außenpolitisch sehr wohl zu einer Einheitsfront gelangen können.

Die Markkatastrophe: 1 Dollar = 508 Mark.

Die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Reichsregierung bereit!

Berlin, 7. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Deutsch-Volksparteiliche Fraktion hat heute vormittag einstimmig beschlossen, ihr Einverständnis zu dem Schreiben des Zentrums und der Demokraten zu erklären. Der Führer der Deutschen Volkspartei hat dies der Demokratischen und der Zentrumsfraktion offiziell mitgeteilt.

Verhandlungen über Deutschlands neues Kohlenprogramm.

Berlin, 7. Juli. (WTB.) Wie jetzt feststeht, werden die Verhandlungen in Paris über das neue Kohlenprogramm der deutschen Regierung am 10. Juli beginnen.

Weitere Ausdehnung des Zeitungsstreiks?

Berlin, 7. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nachdem gestern abend im Zeitungsstreik eine gewisse Entspannung eingetreten war, rechnet man heute eher mit einer Ausdehnung auf andere Städte. So soll besonders in München und Leipzig die Lage kritisch sein.

Lärmszenen im Kölner Stadtparlament.

Köln, 7. Juli. (WTB.) In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam es bei Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, für den Kaiser-Wilhelm-Ring und den Hohenzollernring die Bezeichnungen Walther Rathenau-Ring und Erzberger-Ring, für die Hohenzollernbrücke die Bezeichnung Dombrücke bei der Regierung zu erwirken, zu Lärmszenen. Die Mitglieder der äußersten Linken versuchten gegen die Mitglieder der Rechten tätlich zu werden, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Der Putsch in Rio ist niedergeschlagen.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Nachrichten aus Rio de Janeiro melden die Übergabe der von Aufständischen besetzten Festung.

Eine Verhaftung zum Scheidemann-Attentat.

Koblenz, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Im Trierer Krankenhaus wurde ein Mann verhaftet und sofort nach Berlin überführt. Nach den Trierer Zeitungen soll die Verhaftung mit dem Attentat auf Scheidemann in Verbindung stehen.

Neue Tarife für das Erbschaftssteuergesetz.

Berlin, 7. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Steuerausschuß hat heute auf Antrag des Zentrums bei der Beratung des Erbschaftssteuergesetzes folgende neue Tarife beschlossen: Für die 1. Steuerklasse gelten 4 Proz., für die 2. Klasse 5 Proz., die 3. Klasse 6 Prozent, die 4. Klasse 8 Proz., die 5. Klasse 12 Proz. Der Steuersatz soll bei einem Wert des Erwerbes von 100 000 M um 10 Proz., bei jeden weiteren 100 000 um je 10 Proz. erhöht werden, bis zu einer Höhe von 3 Millionen Mark. Dann sollen auf je weitere 4 000 000 M 20 Proz. Steuer erhoben werden.

Zur politischen Lage in Holland.

Amsterdam, 7. Juli. (WTB.) Die gestrigen Wahlen zur zweiten holländischen Kammer hatten nach der vorläufigen nichtamtlichen Feststellung folgendes Ergebnis: Rechtsparteien 48, Sozialisten 25, Linksliberale 11, Kommunisten 3, verschiedene kleinere Parteigruppen 13.

Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Die beiden Unterausschüsse der gemischten Kommission des Völkerbundes für die Abrüstung, traten gestern nachmittag zusammen. Der erste Ausschuß stellte den Wortlaut der Entschließungen über die Herstellung der Waffen und die Verwendung giftiger Gase im Kriege fest. Der zweite Ausschuß besprach den Abrüstungsvorschlag Lord Eshers. Die Vollversammlung wird heute eine Sitzung abhalten.

Ernster Wille zur Mitarbeit.

Um die große Koalition.

Die Einladung an die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 7. Juli. Die Zentrumsfraktion und die der Demokratischen Partei des Reichstages richteten gleichzeitig einen Brief an die Deutsche Volkspartei, in dem es heißt: Wir hatten die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten Becker, Heinze und Stresemann im Reichstage über unsere außer- und innerpolitische Lage gemacht haben, für möglich. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um Äußerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich an der Regierung zu beteiligen.

Der Zusammenschluß der Mittelparteien unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, den wir gestern ausführlicher behandelten, wird noch genauer durch die gleichfalls schon erwähnte Rede Stresemanns beleuchtet, der wir noch folgende Stellen entnehmen: Wir wollen an dem Schutzgesetzentwurf mitarbeiten und ihn zur Verabschiedung bringen. Wir anerkennen das Recht des Schutzes der Verfassung und ihrer Repräsentanten. Daß die rote Fahne zulässig sein soll, andere aber nicht, ist mit der Verfassung der Republik nicht in Einklang zu bringen. Die alte Reichsfahne ist uns nie das Symbol der Partei gewesen, sondern sie war uns das Symbol für den Abschluß der geschichtlichen Kämpfe um Deutschlands Einheit. Aber wir sind durchaus damit einverstanden, daß

die heutige Reichsflagge geschützt

wird vor Beschimpfungen. Viele von uns kennen die schwarz-rot-goldene Fahne als Burschenschafter und auch aus der Geschichte. Diese Fahne zu beschimpfen, sie herabzusetzen, liegt keine Veranlassung vor, auch nicht für diejenigen, die es tief bedauern, daß wir nicht bei der alten Reichsflagge geblieben sind. Auch der Auffassung von der Notwendigkeit des Schutzes der Repräsentanten der Republik und ihrer Einrichtungen können wir durchaus zustimmen. Die Beschimpfungen des Reichspräsidenten in München sind durchaus zu bedauern, namentlich auch die Veröffentlichungen des Obersten Aylander.

Mit tiefer Erschütterung muß ich feststellen, daß, woran ich bisher nicht glauben wollte, nach dem Geschehenen festzustehen scheint, daß es in Deutschland

Mörderorganisationen

gibt, deren Ausrottung geboten erscheint, gleichgültig, ob sich die Tat gegen Minister oder gegen irgendwelche andere Personen richtet. Wir kommen nicht zum inneren Frieden in Deutschland, wenn für den einzelnen die Ansicht ausschlaggebend ist, welche Staatsform ein jeder für die bessere hält, sondern kommen nur dann zum Ziel, wenn wir alle diejenigen als verfassungstreu ansehen, die bereit sind, an der nun einmal gegebenen Staatsform mitzuarbeiten.

Es ist unberechtigt, diejenigen, die heute Träger des Staates sind, für unser Elend verantwortlich zu machen.

Ich sag das trotz des Widerspruchs der äußersten Rechten. Es hat sich in Deutschland in ganz erschreckender Weise eine Stimmung breit gemacht, die gar zu sehr geeignet ist, ihren ganzen Haß und die Erbitterung über unser Los einer einzelnen Person in die Schuhe zu schieben und sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das ist eine Vergiftung des politischen Kampfes, die uns schließlich der Persönlichkeiten berauben wird, die allein imstande sind, uns aus unserer Not herauszuhelfen. (Lebhafte Zustimmungen in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.) **Wir wissen, daß auf unabsehbare Zeit hinaus der Wiederaufbau unseres Vaterlandes nur auf dem Boden der heutigen Verfassung möglich ist, darum bringen wir den ernsten Willen zur Mitarbeit mit.**

Dies Bekenntnis des volksparteilichen Führers zur Verfassung ist überaus wichtig. Es spricht daraus realpolitische Nüchternheit und der Wille zur positiven Mitarbeit. Das sind aber die beiden Voraussetzungen einer wirklich nationalen, mit dem Gegebenen arbeitenden Politik!

Nach den Unruhen.

In Zwickau ist die Ruhe wieder hergestellt. Gestern hatte der unabhängige Minister Lipinski im sächsischen Landtag eine Erklärung abgegeben, welche leider recht matt und ohne ein scharfes Wort gegen die in Zwickau verübten Verbrechen ausfiel. Für einen Polizeiminister ist das nicht verständlich. Der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" weiß dagegen, was die radikalen Drahtzieher getan haben, mit dem richtigen Wort zu bezeichnen: „verbrecherische Putschtaktik". Die Mißhandlung des wehrlosen und unschuldigen Stadtschularztes Dr. Keller, die Ausplünderung des Rathauses in Zwickau sind Untaten, welche sogar noch viel zu milde mit jenen Worten bezeichnet sind. Es wäre zu erwarten gewesen, daß der Standpunkt des Staates in der Ministerrede schroff betont worden wäre. Nachdem die Nacht hindurch Anarchie geherrscht hatte (die Sipo wurde belagert), gelang es der vom „Aktionsausschuß" gebildeten Arbeiterwehr allmählich, die Massen von der Straße zu bringen und zu beruhigen. Heute zeigt Zwickau wieder das normale Bild.

Mit ähnlichem Befremden stellt man fest, daß auch in Sommerschenburg, wo das Schloß geplündert wurde und unmenschliche Roheitsakte begangen wurden, die Polizei nicht hinreichend schnell und vor allem zahlenmäßig viel zu schwach eingesetzt worden ist. (Vergl. Bericht über die Vorgänge an anderer Stelle). Wo doch dem Landrat und dem Zivilkommissar, welche in Sommerschenburg vergebliche Beruhigungsversuche anstellten, die große Zahl der Angreifer bekannt war, mußte mit einem starken Polizeiaufgebot vorgegangen werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei derartigen Vorgängen ein rasches und energisches Vorgehen am meisten Menschenleben und Sachgüter schont!

Die Untersuchung über die Vorgänge ist im Gange, jedoch sind Menschenleben vernichtet, Sachschaden angerichtet, das Vertrauen in die Festigkeit unserer inneren Verhältnisse erschüttert. Leider nutzen auch die parteipolitisch besonders einseitigen Zeitungen die Lage wieder aus, indem sie entweder die hier und da aufflammende Anarchie in eine höhnische Beziehung zum Schutze der Republik setzen oder, auf der Gegenseite, schlankweg die Schuld an den Unruhen den anderen in die Schuhe schieben. Mit solchen Methoden überwinden wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht!

Der Schutz der Reichseinheit.

Der Prozeß Loeprechting hat wieder einmal gezeigt, wie wenig sicher die aus dem Weltkrieg geretete Reichseinheit auch nach außen hin ist. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade die alten deutschen Kulturgebiete des Westens und Südens, die seit der Zeit der Reformation immer mehr abbröckelten und in den Geltungsbereich der romanischen Kultur hineingezogen wurden, neuerdings nach der kurzen Episode, die wenigstens das deutsche Luxemburg selbständig und Elsaß-Lothringen beim Reiche erhielt, wieder in stärkstem Maße teils unmittelbar gefährdet, teils schon verloren sind. Der Verlust gerade dieser Gebiete wäre aber für Deutschland unerträglich, und der Vormarsch Frankreichs nach dem Osten, der seit den Tagen, in denen Reformation und Gegenreformation das deutsche Reich erschütterten, eigentlich nie mehr ganz zum Stehen kam — auch die Französierung Belgiens gehört auf dieses Blatt —, muß trotz der außenpolitisch schwierigen Lage Deutschlands mit inneren Mitteln, mit den Mitteln der kulturellen Solidarität zum Stehen gebracht werden. Niemand in Deutschland wird glauben, daß die verantwortungslose Mordarbeit der gewissen Organisationen zu dieser kulturellen Solidarität beitragen kann, die wir nötiger haben als das gesamte Parteigezänk und den Streit um überschätzte Äußerlichkeiten. Um die Reichseinheit von innen heraus sicherzustellen, brauchen wir aber eine innere Sicherung von heute in jedem Sinne unzeitigen Umstürzen, und somit ist ein Gesetz, das mit dem Schutz der heutigen Staatsform die Einheit des Reiches und einen gewissen Burgfrieden gewährleistet, nicht nur eine republikanische, sondern eine nationale Notwendigkeit. Das Gesetz, das nun im Reichstagsausschuß beraten wird, mag noch die eine oder die andere Änderung erhalten zustande kommen muß es, und der Widerstand Bayerns dürfte sich auf einen formalen Protest beschränken, oder er muß durch irgendwelche Verhandlungen auf die Reichsweite eines solchen Protestes beschränkt werden. Der deutsche Reichstag muß wissen, daß alle Schwierigkeiten, die dem Schutzgesetz auf parlamentarischem Wege entstehen könnten, nach außen hin als neues Signal für jene Wühlarbeit wirken, die die Abbröckelung Deutschlands nach Westen, Süden und Osten herbeiführen will. Der deutsche Reichstag ist es nicht nur der politischen Reichseinheit, sondern auch der Zukunft der Nation und dem kulturellen Gesamtbild des Deutschtums schuldig, durch möglichst rasche Erledigung eines Ordnungsgesetzes, das als solches den Mut der Feinde des Deutschtums verkleinert, den Anschlägen wenigstens so weit zu begegnen, als dies heute in unserer Macht liegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0001

Außenpolitische Übersicht.

Das Ausland über den Marksturz.

Der Gefahrenpunkt ist erreicht.

London, 7. Juli. Als für die Gebanken, wenngleich noch nicht für die Taten der Alliierten bezeichnend verdient ein Berliner Bericht des „Daily Telegraph" Erwähnung, der folgendes als die Meinung nichtdeutscher Finanzkreise meldet: Die Markvaluta habe den Gefahrenpunkt erreicht, und im Oktober werde es bereits zu spät für eine Aktion der Alliierten sein. Deshalb sei nunmehr wenigstens eine kleine Anleihe oder ein kurzer Aufschub für die weiteren Zahlungen ratsam, denn die Zahlung von monatlichen Raten würde unbedingt zu einer weiteren Steigerung der Inflation führen, während andererseits in Anbetracht des bevorstehenden überseeischen Ertrages der Steuern eine Balanzierung des innern Reichsbudgets möglich erscheine. Bemerkenswert ist auch, daß der Bericht als Argument hinzufügt, die Konkurrenz Deutschlands als Unterbieter auf dem Weltmarkt sei dann wesentlich vermindert.

Die irischen Radikalen niedergekämpft.

Dublin, 7. Juli. Der Kampf ging um 4 Uhr nachmittags zu Ende. Zu dieser Zeit brannten zehn Häuser und vereinzelt wurde noch zwischen den brennenden Gebäuden Widerstand geleistet. Der Schaden im Innern der Stadt ist bedeutend. Es gab 56 Tote und 230 Verwundete, meist Zivilisten. Der Kampf endete damit, daß sich die meisten der Aufständischen ergaben.

Die neuen französischen Reparationspläne.

Wie schon mehrfach gemeldet, sucht jetzt Frankreich seine Reparationsforderungen plötzlich auf deutsche Arbeitsleistungen einzustellen. Der Ministerrat hat vorgestern folgendes Programm zur Vorlage an die Reparationskommission beschlossen:

Es sind fünf Serien von Arbeiten vorgesehen: 1. Regulierung der Rhone, veranschlagt zu 3250 Millionen, hiervon entfallen auf Deutschland 2658 Millionen Franken. 2. Regulierung der Troyère, veranschlagt zu 210 Millionen, davon entfallen auf Deutschland 124 Millionen Franken. 3. Regulierung der mittleren Dordogne, veranschlagt zu 290 Millionen, davon entfallen auf Deutschland 185 Millionen Franken. 4. Bau des Tunnels von St. Maurice, veranschlagt zu 64 Millionen, davon hat Deutschland 69 500 000 Franken zu tragen. 5. Bau zweier Teile des Nordostkanals (Verbindung von Saar, Mosel und Maas und Verbindung der Maas mit der Schelde), veranschlagt zu 1 110 000 000, hiervon hat Deutschland 862 400 000 Franken zu tragen.

Folgende Arbeitszahlen sind vorgesehen: 12 000 für die Rhoneregulierung auf 10 Jahre; 1800 für die Regulierung der Troyère auf vier Jahre; 2500 für die Regulierung der Dordogne auf vier Jahre; 600 für den Tunnelbau auf fünf Jahre; für die Verbindung der Saar, Mosel und Maas sind 11 600 000 Arbeitstage, und für die Verbindung der Maas mit der Schelde 8 200 000 Arbeitstage in Aussicht genommen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli.

Der Gesetzentwurf zu Artikel 18 endgültig angenommen.

Der Höhepunkt der gestrigen Sitzung des Reichstages war die Szene, wo auf der Tribüne mehrere Besucher, anscheinend deutschnationaler Herkunft, bei einer Rede des Deutschvölkischen Cuno demonstrativ klatschten und darauf durch sofort entsandte unabhängige und kommunistische Mitglieder des hohen Hauses von ihren Plätzen entfernt wurden. Die Debatte galt im übrigen 4 Interpellationen, teils den Unabhängigen, teils den Kommunisten gegen die Selbstschutzorganisationen, über die Regimentsfeiern und die Königsberger Vorgänge. Zur Begründung führte zunächst der Unabhängige Dr. Moses verschiedene neue Fälle der deutschvölkischen Agitation an und er bedauerte dabei im besonderen, daß neuerdings auch Gymnasiasten an den Mordplänen Anteil nehmen. Helfer der Mörder seien ferner Offiziere und Studenten. Die Deutschnationale Volkspartei könne von dem Vorwurf der Mitschuld nicht los. Nachdem dann kurz nach 3 Uhr in der Gesamtabstimmung

der Gesetzentwurf zur Durchführung des Artikels 18

der Reichsverfassung gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen worden war, begründete der Abg. Vogel-Franken (Soz), die mehrheitssozialistische Interpellation gegen die Regimentsfeiern, wobei er sich besonders auf die bayerischen Verhältnisse bezog, die nach seiner Auffassung stärker im argen liegen als in Preußen und in übrigen Teilen des Reiches. Ein Reichswehr-Chef habe z. B. die Teilnahme an einer Trauerfeier für Rathenau abgelehnt mit dem Hinweis auf seine monarchistische Gesinnung, die von 9/10 seiner Leute geteilt würde. Es wurde dann sehr lebhaft im Hause als in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers Major Schleicher die Angriffe gegen die Reichswehr zu entkräften suchte. In der Sache ließ Dr. Gessler erklären, daß in Königsberg in Anbetracht der Erregung der Massen bei der Wahl des Zeitpunktes für die militärischen Veranstaltungen sich mehr Rücksichtnahme empfohlen hätte. Im übrigen unberührt die Frage des völligen Verbots der Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern augenblicklich der Prüfung des gesamten Kabinetts. Der weitere Verlauf der Sitzung brachte dann den bereits erwähnten Zwischenfall. Dagegen war bis in die 6. Stunde hinein nicht zu erfahren, ob die Kommunisten das angesagte Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Dr. Gessler einbringen würden. Im übrigen richtet sich jetzt die Spannung allgemein auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen über das Gesetz zum Schutz der Republik, über das zu Anfang der nächsten Woche die Entscheidung fallen soll.

*

Wüste Szenen im Preußischen Landtag.

Berlin, 7. Juli. (WTB.) Im Landtag kam es bei Beratung des Republikschutzgesetzes und des Amnestiegesetzes zu erregten Auftritten. Als der Deutschnationale Freyberg erklärte, seine Partei stehe unerschüttert, weil sie wisse, daß sie an dem Rathenaumord weder direkt noch indirekt beteiligt sei, erhob sich stürmischer Lärm auf der Linken, der gewaltig anwuchs, als Redner bemerkte, „diese Angstgesetzgebung entspreche nicht dem Geist und dem Andenken Rathenaus". Als dann der Deutschnationale Abg. Fredersdorf zu persönlicher Bemerkung die Rednertribüne betrat, schrien ihn die äußerste Linke nieder und Kommunisten und Unabhängige drängten auf die Rednertribüne zu, so daß die Parteifreunde des Bedrängten zu Hilfe eilten. Ein allgemeines Handgemenge entspann sich. Ein Kommunist zerriß das von Fredersdorf dem Präsidenten übergebene Manuskript der Erklärung. Der Präsident vertagte die Sitzung auf kurze Zeit und richtete nach Wiedereröffnung an die Parteien die Mahnung, die Würde des Hauses zu wahren.

Diese widerlichen, die Würde nicht nur des Hauses, sondern des preußischen Staats verletzenden Szenen zeugen von der Unerfahrenheit und Unerzogenheit mancher Abgeordneten, die durch exaltiertes, wenn nicht hysterisches Betragen ersetzen wollen, was ihnen an Sachkenntnis abgeht. Sie ahnen nicht, wie sehr sie einem System schaden, das sie durch eine scharfe Gesetzgebung schützen wollen. Was nützt ein Gesetz zum Schutze der Republik, wenn die Vertreter derselben, die Abgeordneten, das Volk durch ihr maß- und würdeloses Betragen von der republikanischen Form zurückstoßen!

Deutschland.

Amtliche Warnung vor wilden Gerüchten.

Berlin, 7. Juli. (ETB.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Infolge des Nichterscheinens der bürgerlichen Zeitungen wurden in den letzten Tagen in Berlin eine Reihe wilder Gerüchte verbreitet, die in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung lebhafte Beunruhigung hervorgerufen haben. Ihr besonderen wird verbreitet, daß bekannte Persönlichkeiten Mordanschlägen zum Opfer gefallen seien. An allen Gerüchten ist kein wahres Wort. Die Bevölkerung wird gebeten, alle Verbreiter derartiger unwahrer Gerüchte auf das Schädliche ihres Tuns nachdrücklichst hinzuweisen.

Das Schutzgesetz im Reichsrat.

Berlin, 7. Juli. (ETB.) Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. In dem Entwurf wird festgestellt, daß die Verpflichtung der Eidesleistung auf die Republik die sofortige Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren durch Verfügung der vorgesetzten Behörde zur Folge hat, ohne daß dem entlassenen Beamten irgendwelche finanziellen Ansprüche zustehen. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinargerichte verstärkt werden. Für gewisse schwere Fälle soll ein besonderer Disziplinarhof eingerichtet werden, und zwar ein leichterer Disziplinarsenat als erste und ein größerer als zweite Instanz. Vor der Gesamtabstimmung erklärte der bayerische Gesandte v. Preger, daß das Gesetz in der Form für die bayerische Regierung nicht annehmbar sei. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle Staaten mit Ausnahme Bayerns sowie die Vertreter für Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen-Nassau.

Beschwerden gegen die Anwendung der Ausnahmeverordnungen.

Berlin, 7. Juli. (WTB.) Beschwerden über Verbote von Versammlungen, Verpflichtungen und Druckschriften auf Grund der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten müssen an die Landeszentralbehörde und nicht an die Reichsbehörde gerichtet werden. Die Landeszentralbehörden müssen die Beschwerden, wenn sie ihnen nicht abhelfen, an den Staatsgerichtshof weitergeben. In den letzten Tagen sind Beschwerden wiederholt an die Reichsregierung und das Reichsinnenministerium des Innern gelangt. Dadurch, daß die Beschwerden an diese nicht zuständigen Stellen geschickt werden, tritt nur eine Verzögerung der Entscheidung ein — Es liegt im Interesse der Beschwerdeführer selbst, die Beschwerde unmittelbar an die zuständige Landeszentralbehörde gelangen zu lassen.

Zum Schutz der Leitungsbetriebe.

Berlin, 7. Juli. (WTB.) Anläßlich des in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Deutschlands begangenen Ausschreitungen gegen Leitungsbetriebe hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger bei Reichsministerium des Innern mit allem Nachdruck geeignete Schritte zum Schutze der Leitungsbetriebe zu unternehmen.

Der „Deutsch-völkische" Flügel der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Teleg.) Der sozialdemokratische Parlamentsdienst will erfahren haben, daß der deutschnationale Parteiausschuß den Bruch mit dem deutschvölkischen Flügel der deutschnationalen Partei mit großer Mehrheit abgelehnt habe. Auch der Antrag, den Abgeordneten Wulle auszuschließen, habe keine Annahme gefunden.

Ob überhaupt eine Abstimmung stattgefunden hat, ist also nicht genau festzustellen. Jedenfalls bleibt Herr Wulle, bleiben die Agitatoren der Deutschen Tageszeitung, bleiben die „deutsch-völkischen" Fanatiker in ihren Reihen. Es ist wichtig, das festzustellen. Das gemäßigte Bürgertum hat Interesse daran.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 7. Juli. (Amtlich.) Die Reichskanzlei erließ gestern folgenden Aufruf:

In wenigen Tagen wird die interalliierte Kommission Oberschlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land; der deutschgebliebene Teil Oberschlesiens wird wieder mit dem Mutterlande vereint sein. Jeder, der durch gesetzwidrige und unbotmäßige Taten gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue, unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwört, stürzt Oberschlesien und dem ganzen Deutschen Reiche schweren Schaden zu. Im Namen der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransportes der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, Ruhe zu bewahren und sich aller feindlichen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um so aber der schnellen und reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuarbeiten.

Polnische Willkür.

Nach einer Mitteilung eines Regierungsvertreters im Petitionsausschuß des Reichstages am 5. Juli dürfen die vor dem 1. August 1908 in dem ehemaligen preußischen Teilen Polens angesiedelten Deutschen ihren Eigentum nicht liquidiert werden. Diese Bestimmung hält die polnische Regierung ein. Dagegen hat sie beschlossen, das Eigentum der bis zum 1. November 1918 angesiedelten Deutschen zugunsten der Krone Polens zu beschlagnahmen, obwohl diese Deutschen nach den abgeschlossenen Verträgen nicht enteignet werden dürfen. Hiergegen hat die Reichsregierung protestiert und verhandelt mit Polen. Nach dem Berdrängungsschädengesetz kann diese so vertriebenen Deutschen für die verloren gegangenen Sachen Entschädigung gewährt werden, dagegen nicht für den Besitz des landwirtschaftlichen Gutes. Die Reichsregierung hat Richtlinien aufgestellt und mit der Fürsorge die besondere Stelle für die deutschen Ansiedler beim preußischen Landwirtschaftsministerium betraut. Während die Ansiedler, die sich vor 1908 niedergelassen haben, polnische Staatsbürger geworden sind, bleiben die nach 1908 ins Land Gekommenen deutsche Reichsangehörige.

Provinz und Nachbarländer.

Eine aufsehende Straßenbahn.

Jena, 6. Juli. Gestern wurde auch der Betrieb auf der Vorortstrecke Zwätzen vollständig eingestellt. Die Einnahmen deckten den Betriebsaufwand schon lange nicht mehr. Wie lange nach der Betrieb auf der Strecke Winzerla—Burgau aufrecht erhalten werden kann, steht dahin. Damit ist, wie das Jenaer Volksblatt schreibt, der Stillstand des gesamten Straßenbahnbetriebes in greifbare Nähe gerückt. Die Arbeiter und Beamten haben sich anderweit ein Unterkommen gesichert; der Personalbestand hat sich jetzt auf etwa sechs Köpfe verringert. Der einst blühende Betrieb zählt zu den Opfern der wirtschaftlichen Nöte und Schwierigkeiten.

Wieder eine Straßenumtaufe?

Schöneheck, 6. Juli. In einer Funktionärsitzung der Gewerkschaften und politischen Parteien wurde von ein den Magistrat zu richtenden Antrag gestellt gegeben, wonach eine Umbenennung verschiedener Straßen vorgenommen werden soll. Es sollen umgetauft werden: Königstraße in Friedensstraße, Königsplatz in Friedensplatz, Kaiserstraße in Rosa-Luxemburgstraße, Roonstraße in Liebknechtstraße, Kronprinzenstraße in Gareis-Straße und Wilhelmstraße in Behelstraße.

Seinen Neffen ermordet.

Jeggel (Altm.) 5. Juli. Der Schwiegersohn des Bauers Benecke, Georg Schmidt, hatte Kühe gehütet und seinen neunjährigen Neffen mitgenommen. Abends kehrte der Junge nicht wieder zurück und sein Onkel konnte keine Auskunft geben, wo er geblieben war. Jetzt wurden Nachforschungen nach dem Verschwundenen unternommen und seine Leiche in einer Wasserlache gefunden. Das Kind soll nach den bisherigen Meldungen erschlagen und die Leiche in das Wasserloch geworfen worden sein. Von der Gendarmerie wurde der Schwiegersohn Schmidt unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet und dem Amtsgericht in Seehausen zugeführt. Schmidt soll seinen Neffen deshalb ermordet haben, weil er ihn laut Vertrag bis zum 15. Jahre zu erhalten hat.

Unerhörte Verbrechen in Sommerschenburg.

Nach Aussagen von Augenzeugen haben sich die Vorgänge etwa folgendermaßen abgespielt:

Die Arbeiterschaft der gesamten umliegenden Dörfer, etwa 3000 an der Zahl, beteiligte sich an dem Dienstag-Umzuge. Als man nach Sommerschenburg kam, zog man vor das am Dorfrande liegende Schloß, um mit dem Verwalter des Gutes, Rittmeister a. D. von Rosenberg, über die Abgabe von Kartoffelland zu verhandeln. Allerdings ging schon seit einer Woche das Gerücht, man werde am kommenden Dienstag einmal gründlich „im Schlosse aufräumen". Herr v. Rosenberg erklärte deshalb mit den Demonstranten nicht verhandeln zu wollen und ließ das Hoftor schließen. Die Menge jedoch drückte das Tor ein und drang in den Schloßhof. Als Herr v. Rosenberg mit seinen Beamten und drei Polizeiwachtmeistern ihnen entgegentrat, wurde er gegen das Schloß gedrängt und mußte sich hinter ein zweites eisernes Gitter zurückziehen. Dabei blieb, wie einige Augenzeugen bekunden, ein Polizeibeamter außerhalb des Gitterzaunes und wurde aus der Menge heraus angegriffen und geschlagen. Um ihn zu befreien, gab Herr v. Rosenberg zunächst einen Schreckschuß ab und eröffnete, als das nichts half, mit den Seinen das Feuer auf die andrängende Masse, die zunächst auseinanderstob. Zwei Tote blieben auf dem Platze. Mehrere andere waren zum Teil schwer verwundet. Nun alarmierten die Demonstranten die Belegschaften der ganzen Umgegend und bewaffneten sich mit Mittätigkeitsgewehren und Pistolen, um das Schloß zu stürmen. Die Verteidiger hatten sich in das hinter dem eigentlichen Schloßgebäude liegende Logierhaus, das Herr von Rosenberg bewohnte, zurückgezogen und erwiderten von hier aus das Feuer der Angreifer, die aus der Umgegend dauernd Zuzug erhielten, so daß in den Morgenstunden etwa 5000 bis 8000 Mann zur Stelle waren. Das Feuergefecht dauerte die ganze Nacht an. Im Laufe dieser Schießerei hatten die Arbeiter weitere Verluste. Sie werden im ganzen auf 4 bis 5 Tote und 13 Verwundete angegeben. Die genaue Zahl läßt sich noch nicht feststellen, da einige Verwundete in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt sind. Auf der anderen Seite wurde Rittmeister von Rosenberg durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Im Laufe der Nacht war der Landrat des Kreises Neuhaldensleben, Hüsgen, eingetroffen und versuchte, die Ordnung wieder herzustellen; vergeblich. Zwischen 6 und ½7 Uhr morgens kam dann ein Lastauto mit 30 Magdeburger Schupobeamten an, die die Aufgabe hatten, die Besatzung des Schlosses in Schutzhaft zu nehmen. Sie wurden nach Verhandlungen mit der Zenge durch einen Trupp, der unter der Führung einiger Hamburger Kommunisten aus Helmstedt mit Gewaffnung angerückt war, im Schloßhof entwaffnet und zum Umkehren gezwungen. Ihre Waffen wurden zum Teil beim Gemeindevorsteher abgegeben, aber nur sehr zum Teil. Die anderen verwandte man zu weiteren Angriffen auf das Schloß. Schließlich, zwischen 9 und 10 Uhr vormittags, gelang der Einbruch. Die meisten der Verteidiger hatten es auf der Rückseite mit Stricken verlassen können und waren entkommen. Nur v. Rosenberg, der schwer verwundet im Bett lag, und der Feldhüter fielen der Menge in die Hand, die ihre Wut an den Beiden ausließ.

v. Rosenberg wurde mit Kolbenschlägen und Beilhieben aufs entsetzlichste mißhandelt und erschlagen, ehe er auch mehrere Schüsse.

Ob er tot ist, wie bei seinem Abtransport ins Krankenhaus behauptet wurde, steht noch nicht ganz fest; es muß aber leider angenommen werden. Gegen den Feldhüter verfuhr man ganz besonders bestialisch. Er mußte Spießruten laufen und wurde mit Beilhieben und Messerstichen buchstäblich niedergemetzelt. Dann ergoß sich die Menge in das Schloß, raubte, plünderte und demolierte. Im Laufe des Vormittags trat Regierungspräsident Hoßmann ein und suchte zu beruhigen. Die Wirkung war gering, denn auch in den Nachmittagsstunden hauste der Pöbel im Schloß, und von irgendwelcher Staatsgewalt war nichts zu sehen.

Es kann in diesem Augenblick nicht unsere Aufgabe sein, die Schuldfrage zu stellen. Ob ein Recht zur Notwehr vorlag, ob die Demonstranten — oder richtiger ein gewisser Pöbel — Plünderungsabsichten hatte und die „Verhandlungen" nur zum Vorwand wählte, muß die Untersuchung ergeben. Eine Schuld an dem schimmen Ausgang der traurigen Ereignisse trägt aber offenbar auch die Regierung, die nur 30 Mann nach Sommerschenburg schickte, obgleich sie wissen mußte, daß eine rund nach Tausenden zählende, zum Teil bewaffnete Menge ihrer harrte. Wären rechtzeitig und genügend Polizeikräfte herangeführt worden, dann hätten wertvolle Menschenleben auf beiden Seiten erhalten bleiben können.

Wichtiges vom Tage.

Mit dem am 10. Juli erfolgenden Einmarsch der Reichswehr in Oppeln, kommt der deutsch gebliebene Teil Oberschlesiens wieder in den Besitz und unter die Fürsorge des alten Vaterlandes. Der preußische Minister des Innern, Severing, spricht aus Anlaß dieses Tages, der ein Tag der Trauer um entrissenes Land, aber zugleich ein Tag der Befreiung für die deutsch Gebliebenen ist, den Beamten und staatlichen Angestellten im oberschlesischen Abstimmungsgebiete, die in den schweren Jahren der Besetzung in Treue und aufopfernder Pflichterfüllung dem Vaterlande gedient haben, seinen Dank aus.

*

Die Polen haben in Kattowitz gegen die Deutschen Zeitungen Handgranatenanschläge verübt und Druckmaterial vernichtet. Die armen Austrägerinnen der Zeitungen wurden verprügelt. Neben diesen Kulturtaten einzelner Bürger der „ritterlichen" Nation tritt würdig die Regierung selbst, indem sie in urdeutschen Städten wie Graudenz, Ulm und Bromberg die deutschen Schulen zum 1. Januar 1923 schließen will. So leicht sind die Deutschen aber doch nicht auf polnisches Niveau herabzudrücken!

*

Gemäß Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Juli sind die Ortsgruppen Leipzig des Bundes der Aufrechten des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und des deutschnationalen Jugendbundes verboten und aufgelöst worden. Die Schlesiger Zeitung wurde von der Regierung des Freistaates Thüringen für drei Tage verboten.

*

Der Oberpräsident von Niederschlesien hat die schlesische Volksstimme, ein rechtsgerichtetes Wochenblatt, wegen eines Artikels „Der Tag der Schmach und Schande" für vier Monate verboten, wegen Verleumdung und öffentlicher Beschimpfung der jetzigen Reichsregierung und wegen Verleumdung Rathenaus.

*

Die Untersuchung, die Beamte des Berliner Polizeipräsidiums in Sachen des Hardenattentates in Oldenburg geführt haben, hat dem Vorwärts zufolge zu der Feststellung geführt, daß die Attentäter Reichardt und Ankermann mit deutschvölkischen Kreisen in Verbindung gestanden und von diesen auch die Mittel erhalten haben.

*

Im besetzten Rheinland werden zahlreiche, aus dem Innern Frankreichs entrissene Rekrutentransporte auf die einzelnen Truppenteile verteilt, um die im Herbst zur Entlassung kommenden Mannschaften zu ersetzen. Die Franzosen denken also offenbar garnicht daran, die Höhe der Besatzungsarmee zu verringern, obwohl sie fast doppelt so hoch ist als nach dem Rheinlandabkommen zulässig scheint. So wird Deutschland für unproduktive Zwecke immer weiter ausgesogen.

*

Im englischen Unterhause fand eine Debatte über die Politik in Palästina statt, der ein Weißbuch über die Beziehungen der Araber und der Juden zugrunde lag. Die Regierung erhielt ein Vertrauensvotum mit 298 gegen 25 Stimmen. Die große Mehrheit ist deswegen von Bedeutung, weil das Oberhaus vor ein paar Wochen das Palästinamandat in seiner gegenwärtigen Form mit 60:29 Stimmen verworfen hat. Von politischer Entscheidung ist bei diesem Gegensatz natürlich die Meinung des Unterhauses, was auf diese Art die Errichtung einer jüdischen Heimstätte billigt.

*

Gustav Herve tritt weiter mutig für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein. Im Gegensatz zu anderen Politikern in Frankreich, die dasselbe Ziel verfolgen, will er nicht nur nehmen, sondern auch geben. Einem demokratischen Deutschland sollen Danzig und die Deutschen Kolonien zurückgegeben werden, Frankreich soll auf die Abstimmung im Saargebiet verzichten. Auf einer solchen Grundlage kann eine Verständigung gefunden werden, wenngleich in den Vorschlägen Herves von den anderen, Deutschland geraubten Gebieten noch nicht die Rede ist.

Unsere Abonnenten, die verreisen,

und den „Merseburger Korrespondent" nachsenden wünschen, bitten wir folgendes zu beachten:

Stadtabonnenten wollen in unserer Geschäftsstelle, Kleine Ritterstraße 3, unter Vorlage der Abonnementsquittung die Nachsendung beantragen. Von telephonischer Bestellung wolle man absehen.

Auswärtige Abonnenten, die unser Blatt durch eine unserer eigenen Agenturen beziehen, beantragen die Nachsendung ebenfalls bei der Geschäftsstelle Merseburg, Kleine Ritterstraße 3, fünf Tage vor der Abreise mit genauer Angabe der Reisedauer.

Postabonnenten haben dagegen den Antrag auf Nachsendung 3—4 Tage vor der Abreise mündlich oder schriftlich bei der Postanstalt des bisherigen Wohnortes oder bei dem Briefträger zu machen. Gebühr 2.— M. Die Rückreise ist in gleicher Weise dem Postamt, das die Zustellung zuletzt ausführte, mitzuteilen.

Merseburger Korrespondent.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

7. Juli.

Große Ferien.

Am heutigen Freitag schließen sich die Pforten der Merseburger Schulen bis zum 8. August, also vier volle Wochen. Frei von allem Schulzwang liegt die nächste Zukunft vor der Jugend. Von den vielen Plänen, die geschmiedet wurden, soll nun der größte Teil in Erfüllung gehen. Was Wunder, daß die Augen der großen und kleinen Schulkinder schon in Gedanken daran heller leuchten. Glücklich die, denen eine Ferienreise ermöglicht ist, aus eigenen Mitteln oder durch die Gastfreundschaft von Verwandten auf dem Lande, die das Stadtkind vier Wochen lang mit durchfüttern wollen. Für sehr viele freilich werden die kommenden Sommerferien ein anderes Gesicht als früher haben; der schmale Säckel des Vaters, dem der Staat noch dazu einen Haufen Steuern abknöpft, läßt keine Sommerreise mehr zu. Sie bleiben auf die engere und weitere Umgebung unserer Stadt angewiesen. Und sie werden dabei nicht schlecht fahren; denn auch die Heimatstadt weist ihnen viel neues und schönes zu bieten, wenn sie es nur ernstlich und mit offenen Augen suchen. In den Auen gibt es manchen stillen Winkel, in dem es sich gut ruhen und träumen läßt. Entdeckungsreisen durch die Heimatstadt und ihre Umgebung können oft einen höheren Gewinn bringen, als die kostspielige Reise. Das mögen sich all die gesagt sein lassen, die heute beim Ferienbeginn noch grollend beiseitestehen wollen, weil ihnen die teuere Zeit keine Ferienreise ermöglicht. Man rechne nicht mit dem Schicksal, wenn jetzt vollgepackte Züge Ferienreisende in die Ferne führen, die Heimat ist nicht ärmer als die Fremde! Die Hauptsache ist der gute Wille, das gute überall zu nehmen, wo es zu finden ist.

Bleibt nur der eine Wunsch: recht gutes Ferienwetter; leuchtendheiße Tage und helle warme Nächte, in denen sich der Duft beginnender Reife aus Wiesen und Feldern aufschwingt und den Menschenkindern große Versprechungen macht. Der bisherige Verlauf des Sommers läßt ja das schönste Hundstagswetter erwarten. Wir haben bis jetzt einen gesegneten Frühsommer gehabt mit richtig verteilter Wärme und Feuchtigkeit. Erholung ist der Kernpunkt der Ferien und ihr ganzer Zweck. Möge sie allen zuteil werden, die frohen Herzens heute die Ferien antreten!

*

** Das Turn- und Sportabzeichen für Turnerinnen erwarb als erste Turnerin unserer Stadt Fräulein Ilse Wilck von der Turnerischen Vereinigung. Bei turnerischen Wettkämpfen mehrfach als erste Siegerin hervorgehend, hatte Frl. Wilck bereits am vergangenen Jahre die Bedingungen erfüllt, konnte aber das Abzeichen damals noch nicht erhalten, da sie das vorgeschriebene Alter noch nicht erreicht hatte. Mit anerkennenswertem Eifer wiederholte Frl. Wilck in diesem Jahre die Übungen, um endlich in den Besitz des Ehrenzeichens zu gelangen. Die Überreichung soll heute auf dem Spielplatz der Turnerischen Vereinigung stattfinden. Wir beglückwünschen Turnerin und Vereinigung zu dieser Errungenschaft, möge dieses erste Beispiel bald Nachahmung finden. Gut Heil!

** Ein Bezirkskonzert der Mandolinenvereine in Merseburg. Den Vertretern des Mandolinen-Vereins Merseburg ist es am vorigen Sonntag in Halle bei der Bezirkstagung gelungen, das nächste Bezirkskonzert am 8. Oktober nach Merseburg zu verlegen. Diese Veranstaltung darf um so größeres Interesse beanspruchen, da auswärtige leistungsfähige Vereine auftreten. Im Massenchor werden die Vereine zusammen einige Konzertstücke unter der bewährten Leitung des hiesigen Vereinsdirigenten des Mandolinen-Vereins Merseburg Bundeslehrer Hubert König vortragen. Herr König wurde als Bezirksdirigent gewählt.

** Der Stenographenverein Stolze Schrey hielt am Dienstagabend in seinem Vereinsheim „Bergschlößchen" eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Es wurden nicht weniger als 48 Stenographen neu in den Verein aufgenommen, während sich ein Mitglied abgemeldet hat. Der Verein zählt somit jetzt 382 Mitglieder. Am 19. Juni ist ein Anfängerkursus mit 51 Teilnehmern mit gutem Erfolge beendet worden. Im Anschluß an den Kassenbericht von Herrn Biermann wurden die Mitgliederbeiträge neu festgesetzt. Herr K. Gimpel gab sodann den Bericht über die Bücherverwaltung. Die Vereinsbibliothek enthält zurzeit etwa 300 stenographische Bände. Von der Versammlung wurde eine Neufestsetzung der Lesegebühren beantragt und beschlossen. Zum Verbandstage der Schule Stolze-Schrey in Eisenach wurden mehrere Vertreter gewählt. An dem Bundeswettschreiben in Wernigerode am 28. Mai konnten außer den bereits bekannt gegebenen Mitgliedern noch zahlreich teilnehmen: Mit einem 1. Preis in 120 Silben Erna Schumann und Kurt Papsdorf, einem 2. Preis Benno Kleinert, so daß nunmehr von den 15 Merseburger Teilnehmern, die in Geschwindigkeiten bis zu 240 Silben Schreiben, 11 Preise errungen worden sind, eine Tatsache, auf die der Verein stolz sein kann. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

*

Amtsblatt der Stadt Merseburg.

Der Magistrat veröffentlicht heute Bekanntmachungen über die Satzungen des Alters- und Andreasheimes, über die Frühöffnung von Zigarrengeschäften, Lehrlingshaltung im Betrieben zur Herstellung von Back- und Konditorwaren und im Fleischergewerbe, ferner über die Bezahlung der Gas-, Strom-, und Wassergelder.

*

Städtische Wohlfahrtspflege.

Fünf Kindertransporte sind in den letzten Tagen der vergangenen und in den ersten Tagen dieser Woche herausgegangen. Wie vielen Eltern ist es schon heute nicht mehr möglich, gemeinsam mit ihren Kindern einen Erholungsort aufzusuchen, und die Nachfrage nach Plätzen für erholungsbedürftige Kinder war in diesem Jahre größer als je. Daß es gelang, eine ganze Anzahl von Plätzen gerade während der Sommerferien zu erhalten, war doppelt erfreulich. Hoffen wir, daß alle Kinder die nötige Erholung und Auffrischung finden und daß es auch weiterhin bei dem kürzlichen Urteil eines großen Heimes bleiben möge. „Die Führung der Merseburger Kinder war in jeder Beziehung tadellos, sie waren sehr beliebt".

Die Quäkerspeisung der Schulkinder wird bei Beginn der Ferien vorläufig eingestellt. Während der Schulferien wird in diesem Sommer, entgegen dem vorigen Jahre, nicht gespeist. Die Zahl der noch jetzt täglich in Merseburg gespeisten Kinder beträgt 500, außerdem erhielten 10 durch den die Mütterberatungsstelle leitenden Arzt ausgesuchte, schwächliche, stillende und werdende Mütter Lebensmittelpakete mit Mehl, Fett, Reis, Kakao und Bohnen. Auch durften vier der hiesigen Kinderheime mit guten, zurzeit so wertvollen Gaben aus den Beständen bedacht werden.

Es dürfte interessieren, daß sich mit dem 1. August die Quäker vollständig von der Speisung zurückziehen und diese ganz der deutschen Regierung bezw. dem deutschen Zentralausschuß für Auslandsdeutsche überlassen. Wie wir einem Artikel des „Hamburger Fremdenblattes" entnehmen, sammeln die Deutsch-Amerikaner, welche ja auch bislang schon einen Hauptteil der in ganz Amerika erforderlichen Gelder für die Hilfe der Quäker aufbrachte, eifrig an einer 3-Millionen-Dollar-Spende, die hauptsächlich zur Speisung notleidender deutscher Kinder verwandt werden soll. Gustav Frenssen, welcher in Amerika von Stadt zu Stadt zieht, wirbt mit gutem Erfolge für die Sammlung.

Wenn es mit der Teuerung so fortschreitet — und wer möchte sich heute noch darüber hinwegtäuschen, daß dies der Fall sein wird — werden wir eine Fortführung der Speisung sicher mit großer Freude begrüßen. Vorläufig werden unsere Vorräte noch für eine ganze Weile nach den Sommerferien reichen.

*

Einsendungen aus dem Leserkreise.

Der Notstand der Friseurgehilfen.

Ein Gehilfe im Friseurgewerbe verdient 300 ₰, ein älterer 330 ₰ und ein erstklassiger 350 ₰ wöchentlich. Für diesen haben sich alle der Friseurgehilfe verpflichtet, sich zu beköstigen, Logis, Handwerkszeug und Wäsche zu halten, jeden Kranken-, Invalidenzeit und Steuern zu zahlen. Die Herren Arbeitgeber haben aber seit dem 23. Juni die Bedienungspreise für Rasieren auf 4 ₰ und Haarschneiden auf 15 ₰ erhöht und bewilligen ihren Angestellten bis zum heutigen Tage noch keine Erhöhung der Gehälter. Sie geben aber in der Zeitung bekannt, daß der Lohn sie zu einer Preiserhöhung zwingt. Darum, Kollegen und Kolleginnen, kommt zur nächsten Versammlung, der Zweck hat, die Gründung eines Arbeiter-Verbandes des Friseur- und Haargewerbes zu bewirken. Wir wollen keiner Organisation in den Rücken fallen. Wir wollen hoffen, daß uns jeder organisierte Arbeiter unterstützt und nur dort zur Bedienung geht, wo Angestellte des Verbandes beschäftigt werden. Dieses wird in den nächsten Tagen im „Merseburger Korrespondent" durch Anzeige bekannt gegeben. Die Aufgabe des Verbandes soll sein, ein gutes Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen. Auch wollen wir Hand in Hand mit unseren Arbeitgebern arbeiten, damit unser Handwerk gehoben wird und der Beruf jedem Lust und Freude bereitet.

Für die Freie Vereinigung der Friseurgehilfen Merseburgs:

Georg Hügelschäffer, Bahnhofstraße 10.

*

Tageskalender.

Freitag, den 7. Juli:

Reichsbund der K., K. u. K. 8 Uhr Tivoli: Monatsversammlung.
Merseburger Rudergesellschaft: Monatsversammlung 8½ Uhr im Bootshaus.

Sonnabend 8. Juli.

Kaninchenzüchter-Verein: Monatsversammlung „Deutscher Hof".
V. C. Preußen: Jahreshauptversammlung 8 Uhr „Hohenzollern".
Männerturnverein: Mitgliederversammlung.
„Lyra": Generalversammlung.
Mandolinenverein: Abendwanderung nach Lützkz.
Allg. Turnverein: Generalversammlung.

Sonntag den 9. Juli.

Schieß-Klub Meuschau: Preisschießen.
Zimmerstutzen-Verein: Königsschießen.
Beth: „Prinzessin Oskar".
Stolze-Schrey: Wanderung nach Döllnitz.
„Lyra": Familienausflug nach Leuna.
Turnverein Rothstein: Sommerfest.

Montag den 10. Juli.

Turnerische Vereinigung: Abendwanderung nach Frankleben.

Dienstag den 11. Juli.

Merseburger Mieterverein: Mitgliederversammlung.

*

Wetterwarte.

B. W. am 8. 7. (Sonnabend): Teilweise heiter, vorwiegend trocken, etwas kühler. — 9. 7. (Sonntag): Meist heiter, wärmer, strichweise Gewitter, sonst trocken.

Wie wird das Wetter am Sonntag sein?

In der abgelaufenen Woche (vom 28. Juni bis 4. Juli) hat es auch wieder geregnet und zwar ziemlich allgemein, aber ganz sicher noch nicht zu viel, denn die Mengen waren nur vereinzelt größer. Nur die Ausläufer einer nordwestlichen, später im Norden verschwindenden Depression waren es, die diese Niederschläge veranlaßten. Am 28. Juni bedeckte ein großes Regengebiet fast ganz Deutschland — in dem auf dem Brocken 21, in Torgau 16 mm fielen —, das sich am 29. nach einer kurzen Unterbrechung erneut einstellte. Alsdann verschwand der Regen mit der Ausbreitung und dem Vordringen eines „Hoch" von SW. her, das nach dem Osten wanderte. Vom 2. zum 3. Juli setzten dann neue Regenfälle ein. — Da auch nach dem Abzuge einer weiteren, jetzt in NW. vorhandenen Depression eine neue zum Czean folgen wird, so werden deren Ausläufer, nachdem es inzwischen unter der Herrschaft hohen Drucks trocken geworden sein wird, wieder Gewitterstätigkeit veranlassen, die sich auch auf den Sonntag erstrecken wird. Da sich dieselbe aber nur mehr oder weniger stellenweise zeigen wird, so ist im allgemeinen, von diesen strichweisen Gewitterunterbrechungen abgesehen, schönes und warmes Wetter zu erwarten.

Zwei Mädchen beim Baden in der Saale ertrunken.

Schkopau, 7. Juli. Gestern sind beim Baden in der Saale zwei junge Mädchen ertrunken, Gerda Brüdigam und Klara Kunth aus Schkopau. Sie sind vermutlich in ein Drehloch geraten und so dem Element zum Opfer gefallen. Die Leichen konnten schon kurze Zeit darauf geborgen werden.

Schkeuditz, 6. Juli. Wenig Glück hatte ein Fahrradbesitzer am Dienstag abend in der oberen Bahnhofstraße. Ein auswärtiger Radler hatte wenige Augenblicke sein Rad vor einem Geschäft stehen lassen, um Einkäufe zu besorgen. Im Nu war sein Rad verschwunden, er trat sogleich aus dem Geschäft und sah noch, wie ein Fremder an der Ecke der Augusta- und Wilhelmstraße mit seinem Stahlroß davonsuhr, zum Glück aber — — stürzte, und nicht weiter fahren konnte. Er wurde sofort gefaßt und unter lautem Bitten, ihn doch laufen zu lassen, er wolle den rechtmäßigen Eigentümer gut entschädigen, nach der Polizeiwache gebracht. Er entpuppte sich als der Schweizer Schindler aus Modelwitz. Er kam in Haft und wird den Unterschied zwischen Mein und Dein kennen lernen.

Mücheln und Umgegend.

Stadtverordnetensitzung in Mücheln.

Mücheln, 7. Juli. Zu der letzten Sitzung sind erschienen die Stadtverordneten: Stadtverordnetenvorsteher Rothkähl, Lerche, Meitz, Wünsch, Stephan, Meinert, Kosobl und Thieme. Der Magistrat ist durch Bürgermeister Heine vertreten. Die Versammlung stimmt der neuen Wassergebührenordnung zu, die anstelle der bisherigen Ordnung tritt, die die Wassergebühren auf der Grundlage des Gebäudesteuernutzungswertes unter Berücksichtigung der Zahl der Haushaltungen berechnete. Nach der neuen Gebührenordnung wird grundsätzlich nur der tatsächliche Wasserverbrauch der auf Grund der Wassermesser festgestellt wird, bezahlt. Um verbrauch der auf Grund der Wassermesser festgestellt wird, bezahlt. Um verbrauch zu vermeiden, daß nunmehr wieder das typhusverdächtige Geiselwasser in den Haushaltungen benutzt wird, ist in der Ordnung bestimmt, daß pro Haushaltung und Vierteljahr ein Mindestbetrag von 25 ₰ erhoben wird. Darüber hinaus ist der Wasserverbrauch an Hand der Wassermesser Kubikmeterweise zu bezahlen. In der Ordnung befindet sich ferner eine Bestimmung, daß im Falle eines Fehlbetrages im Wasserleitungsstat am Schluß des Rechnungsjahres Nachschüsse von den Wasserabnehmern nach dem Verhältnis der Wasserabnahme erhoben werden. Die Mietgebühr für die Wassermesser ist nach einer genauen Berechnung, die nur die Selbstkosten deckt, auf 3 ₰ pro Monat angesetzt worden. Der Wasserpreis selbst wird pro Kubikmeter von der Versammlung auf 8 ₰ festgesetzt. Der Magistrat erhält außerdem die Ermächtigung, im Benehmen mit der Wasserleitungskommission die Wasserpreise künftighin beim Steigen des Kraftstrompreises neu festzusetzen. — Die Versammlung stimmt weiter der Vorlage des Magistrats betr. den Entwurf eines Straßen- und Baufluchtlinienplanes über das Gelände am Echo, an der Rennbahn und an der Freiburgerstraße zu. Die Straßen werden hier überall 10 Meter breit gelegt; die Baufluchtlinien 2 Meter, 3 Meter und 4 Meter einmärkts gezogen. Der Magistrat wird ersucht, den Flurlichtlinienplan nunmehr fertigzustellen, damit die förmliche Genehmigung von der Stadtverordnetenversammlung erteilt werden kann. — Darnach stimmt die Versammlung neben mehreren kleineren Vorlagen insbesondere noch der Erhöhung des Pachtpreises für das Schützenhaus und Waldhaus zu. Der Pachtpreis wird um 8000 ₰ erhöht, nachdem die Engelhardt-Brauerei bereits hierzu ihr Einverständnis ausgesprochen hat.

Querfurter Kinderfest.

Querfurt, 5. Juli. Nach den Klängen zweier gut besetzter Musikkorps marschierten die Kleinen, frohestrahlend und stolz darauf, im Schmucke der neuen Kleider, der bunten Schärpen, der frischgrünen Rosentore, der im Winde lustig flatternden Fahnen einherzuvolzieren zu dürfen, um dann vor Eltern bei ihrem Vorbeimarsche mit freudigem Winken begrüßt zu werden. In fröhlichster Stimmung nahm der Zug seinen alten Gang — Klosterstraße, Tränsstraße, Markt, Entenplan, Freimarkt, Merseburgerstraße, Festplatz. Hier angekommen, versammelten sich die oberen Klassen um ihren Rektor, der in einer Ansprache auf die Bedeutung des Kinderfestes als Heimatsfest, als Volksfest und Fest der Einigkeit hinwies, während die durstigen und hungrigen Kehlen der vom Marsche müde gewordenen Kleinen beim Kinderfestwater Meisel bei Kaffee und Tautäffchen sich erquicken konnten. Bald herrschte ein lustiges Treiben auf dem Festplatze. Mit besonderer Freude und Begeisterung wurden die Volkstänze, die anstelle der früheren Reigen getreten waren, aufgenommen und lösten lebhaften Beifall aus. Um 7 Uhr begann der Einzug. Auf dem Markte hielt Rektor Schlitzer die Schlußansprache und ermahnte die Kinder zur Dankbarkeit gegen Lehrer und Eltern. Er sprach auch allen denen, die durch finanzielle Unterstützung zum Gelingen des Festes beigetragen haben, insbesondere den städtischen Körperschaften, den hiesigen Landwirten und der gesamten Bürgerschaft Querfurts und Thalborts, den Dank aus. Mit dem herrlichen Liede „Abend wird es wieder" schloß das Querfurter Kinder- und Volksfest.

Schafstädt und Umgegend.

Amtliches aus Schafstädt.

Der Magistrat fordert auf, die Größe der Tabakbauanfläche anzumelden und gibt außerdem bekannt, daß die Reflektanten auf Kleinpachtgärten sich bis zum 1. August d. J. zu melden haben.

Schafstädt, 7. Juli. Die hiesige Freiwillige Feuerwehr hielt am Mittwoch abend nach unerwarteten Feueralarm am Schulgebäude eine Übung ab. Der Verlauf der Übung, welcher auch Vertreter des Magistrats beiwohnten, zeigte, daß alle Mitglieder der Feuerwehr auf den Posten sind um im Ernstfalle schnell zur Stelle zu sein und auch mit der erforderlichen Umsicht einzugreifen.

Turnen — Spiel — Sport.

Die Hallischen Rennen am Sonntag den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Die Rennen am kommenden Sonntag bringen wieder das Teich-Jagd-Rennen, bei welchem die Pferde in voller Fahrt durch mit Wasser gefüllten Teich gegenüber dem 2. Platz durchqueren müssen. Mit Rücksicht auf die Wasserscheu vieler Pferde pflegt die Abwicklung dieses Rennens wie im Vorjahre die ergötzlichsten Szenen hervorzurufen. Das Rennen kann aber als eine Prüfung des Gehorsams der Pferde und der Reitkunst der Herrenreiter nicht entbehrt werden.

Das Hauptereignis ist das große Jagdrennen über 4300 Meter der Hauptbahn, bei welchem die Pferde dem Titel „55 Jahre" an die Gründung des Vereins erinnert und mit 40 000 ₰ und einem Ehrenpreise ausgestattet ist. Es werden hierbei sämtliche schwere Hindernisse der Hauptbahn gesprungen, darunter 3 Wassergräben.

Gleichwertig neben diesem Jagdrennen steht der Sommerausgleich über 1800 Meter der Flachbahn. Im übrigen weist das Programm noch ein Hürdenrennen und ein Jagdrennen, sowie 2 Flachrennen über 2400 und 1200 Meter auf. Das längere Flachrennen, das große Jagdrennen und das Teich-Jagdrennen sind den Herrenreitern vorbehalten. Die Geldpreise und die Transportkostenentschädigungen sind wiederum erhöht worden und es liegen allein von den beim vorigen Renntage in Leipzig anwesenden Trainern schon rund 30 Anmeldungen für Boxen vor, so daß die Besetzung der Rennen voraussichtlich diesmal nichts zu wünschen übrig lassen wird.

Vermischte Nachrichten.

Der Mordprozeß Großmann.

Berlin, 6. Juli. Seit Sonnabend wird der Prozeß gegen den Frauenmörder Großmann verhandelt; die Verhandlungen gehen zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich. Die Anklage gegen Großmann lautete bekanntlich auf dreifachen Mord, begangen an 1. der Dirne Elsbaeth Barthel, Anfang August v. J.; 2. an der Arbeiterin Johanna Sosnowa, am 13. August und 3. an der Köchin Marie Nitsche, geb. Paul, am 21. August, alle drei Mordtaten also im Verlauf eines einzigen Monats. In allen drei Fällen wird Mord im Sinne des § 211, 74 StGB. angenommen. In der Voruntersuchung ließ sich der Unmensch nur schrittweise überführen und gab nur diejenigen Delikte zu, die ihm einwandfrei an Hand von Beweismaterial nachgewiesen werden konnten. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, hatte daher auch den Antrag auf Beobachtung seines Geisteszustandes gestellt, und dabei haben die Feststellungen inbezug auf die Familie Großmanns eine gewisse Rolle gespielt. Es wurde u. a. festgestellt, daß sein in der Irrenanstalt verstorbener Bruder an der Wahnvorstellung litt, er sei ein mächtiger türkischer Pascha, dem alle Frauen, die er auch noch Weiberchen nennen und töten könne, untertan seien, Großmann selbst zeigte von Jugend auf die Neigung, Tiere und jüngere Menschen zu quälen und zu martern. Er las mit Vorliebe die Romane des Marquis de Sade und ähnliche erotische Literatur. Seine psychiatrische Untersuchung, die wissenschaftlich außerordentlich wertvolle Fingerzeige bezüglich der Entstehung gewisser sexueller Abnormitäten ergeben hat, wurde schon aus psychiatrischem Interesse mit der allergrößten Sorgfalt durchgeführt. Zu der Verhandlung waren neben 51 Zeugen nicht weniger als 14 medizinische und psychiatrische Sachverständige geladen.

In der Prozeßverhandlung gegen den Frauenmörder Großmann kam es vor Gericht mehrfach zu erregten Szenen. Eine der Zeuginnen, an der Großmann ähnliche sadistische Vergehungen wie an den Ermordeten vornehmen wollte, die aber ihrem Schicksal entgangen ist, stürzte sich in Erinnerung an ihre Erlebnisse laut schreiend auf den Angeklagten und schlug ihn mitten ins Gesicht. Sie mußte von Justizsoldaten gebändigt werden. Auch eine zweite Zeugin erlitt einen Wutausbruch und warf mit voller Kraft einen Bund Schlüssel gegen Großmann. Die als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten erklärten, daß Großmann bei seiner Verhaftung durchaus nicht den Eindruck eines Verrückten gemacht, sondern sich ruhig und überlegen benommen habe.

Selbstmord des Frauenmörders.

Berlin, 6. Juli. Der wegen dreifachen Frauenmordes zum Tode verurteilte Karl Großmann hat sich in vergangener Nacht in seiner Zelle erhängt.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 6. Juli.

Die deutsche Mark — Pfennige im Ausland.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	6./7.	5./7.	In:	6./7.	5./7.
Holland	0,9	1,0	England	1,0	1,0
Belgien	2,8	2,4	Amerika	0,9	1,0
Norwegen	1,4	1,4	Frankreich	2,2	2,3
Dänemark	1,1	1,2	Schweiz	0,9	—
Schweden	1,0	1,0	Spanien	—	—
Italien	4,0	4,0	Tschechoslowakei	9,6	10,2

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver., alte	230,—	Allgemeine Brüttner	410,—
Hall. Pfännerschaft	458,—	Halle Rinmerm., St.	405,—
Riebeck Montan	1250,—	Hall. Maschinenfabr.	1200,—
Wettiner Steinkohlen	1025,—	Wanzleben Zucker	1400,—
Nunnendorfer Papier	1570,—	Halle Hement	—,—
Allgemeinkalk. Kaumen	830,—	Köthitzer Zucker	—,—
Eilenburger Kattun	2200,—	Kuffhäuser-Hütte	465,—

Gottfried Lindner	750,—
Wegelin u. Hübner	710,—
Zeitzer Maschinen	—,—
Zuckerraffin. Halle	374,—
Halle-Hettstädt Stk. A	115,—
do. do. Stk. B	115,—
Benckser-Nietleben	—,—

Warenmarkt.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 1025—1050, mecklenburgischer 1025—1050, fest; Roggen, märkischer 790—818, vorpommerscher 790—810, hinterpommerscher 790—807, mecklenburgischer 790—815, fest; Gerste (Sommergerste) 910—925, fest; Hafer, märkischer 850—865, schlesischer 831—842, befestigt; Mais, ohne Provenienzangabe, prompt 770—775, steigend; Weizenmehl 2750—2900, feinste Marken über 2900, fest; Roggenmehl 2000—2150, fest; Weizenkleie 630—640, behauptet; Roggenkleie 630—640, behauptet; Raps, alter 1650—1700, neuer 1550—1650, fest; Leinsaat 1700—1750, fest; Ackerbohnen 825—850, blaue Lupinen 600—620, gelbe Lupinen 900—910, Rapskuchen 700—740, Leinkuchen 990—1020.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Börse wurden folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 165—175, Haferstroh 165—175, gebündeltes Roggenlangstroh 160—180; Heu, gutes, altes 330—375, neues 320—375, handelsüblich, altes 280—330, neues 280—330.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Leitung: Franz Röhner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil und Feuilleton; Kurt Weinhold für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Franz Gomm für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramms, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 85.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.
Luci Fröbe geb. Rettig m. Arthur Schumann - Lehna, Müllerdorf.

Vermählt.
Paul Gerhardt m. Meta geb. Haude, Halle; Martin Wünsch mit Erika geb. Kernstein, Halle.

Geboren.
Otto Später, Halle, 1 S.

Gestorben.
Johann Joachim Meyer, 62 J. Halle; Betha Siemens geb. Fehsenfeld, 68 J., Lehe.

Ingenieur sucht sofort
gut möbl. Zimmer.
Angebote an Hotel „Zur Sonne" abzugeben.

Jung. Staatsbeamter sucht
möbliertes Zimmer
Ang. u. 357 an die Exp. d. Bl.

Jg. anst. Mann sucht sof.
ein möbliertes Zimmer.
Ang. u. 358 an die Exp. d. Bl.

Stiller Teilhaber
mit 100 000—150 000 Mk. Einlage z. Vergrößern einer Fa. am Platze sofort gesucht. Sicherheit vorhanden. Ang. unt. 362 an die Exp. d. Bl.

Schafwolle
gew. und ungew. kauft
Fritz Voigt, Markt 29.

1 bis 2 Läuferschweine
zu kaufen gesucht
Kaffeehaus Meuschau.

Achtung!
Suche mehr. scharfe deutsche Schäferhunde mit u. ohne Stammbaum. Alter bis 2 Jahre. Angeb. m. Preis und Alter an
Ludw. Storch, Weißenfels, Lessingstraße Nr. 7, part.

1 Gehrockanzug für mittl. n. 1 Gehrock für schl. Figur, beide aber gut erhalten, zu verk. Zu erfr. in der Exped.

Fast neuer, dunkelblauer
Burschenanzug
billig zu verkaufen
Neumarkt 15.

Gestr. Damenschuhe, 39/40,
zu verkaufen Domstr. 5.

1 Paar neue Stiefeletten
(43) zu verkaufen
Müller, Gotthardstr. 44.

Gebrauchte Nähmaschine
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Glucke mit 10 Küchen (14 Tg. alt) sowie einige **Legehühner** zu verk. Zu erfr. in der Exp.

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert
H. Heßler
Kirchstr. 7.

Hühnermais
empfiehlt Willy Baumann,
Clobikauer Str. 8.

Wirsing, Zwiebeln, Karotten, Kohlrabi,
einige Tausend Wirsing-, Weiß-, Rotkohl-, Porree- und Grünkohl-Pflanzen
Gemüsebau Rischmühle

Hausschlachtene Wurst
aus reinem Schweinefleisch u. nur eig. Schlachtg. empf.
G. Fiedler, Neumarkt 45.

Formulare für
Kosten-Anschläge
(Handschrift und Schreibmaschine)
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Sonntag, den 9. Juli 1922 (4. n. Trinitatis).
Gesammelt wird eine Kollekte für das Elisabeth-Stift in Reinstedt am Harz.

Es predigen:
Dom. Vorm. 10 Uhr: Diak. Wuttke.
Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Jenzsch.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.
Ev. Männer- und Jugendverein.
Sonntag abd. 8 Uhr Versammlg. A. d. Geis. 5. Herr Klos.
Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Dienstag abend 8 Uhr Chorgesang fällt aus.
Mittwoch 8 Uhr: Verlammlung (ältere Abteilung) a. d. Geisel 5. Pastor Riem.
Ev. Frauenhilfe St. Maximi.
Donnerstag nachm. 4 Uhr: Strandschlößchen.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.
Donnerstag 8 Uhr: Mädchenverein St. Thomae im Pfarrhause.
Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krahenstein.

Landeskirchliche Gemeinschaft.

Versammlungs-Lokal: Sand 1 (Geiselschlößchen).
Sonntag 8 Uhr: Evangelisations-Vortrag.
Mittwoch 8 Uhr: Bibelbesprechstunde.

Christliche Versammlung Blanckestraße 1.

Sonntag bis Dienstag u. Donnerstag abends 8 Uhr im Saale der grünen Linde: Evangeliums-Verkündigung der Missionare Bohn aus Turkestan und Lapken aus Spanien.

Katholische Kirche. Sonnabend: 5 Uhr Beichte.
Sonntag 6 Uhr: Beichte.
7 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½ 10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
In Naundorf und Stöbnitz ist kein Gottesdienst.
Röpsen. ½ 8 Uhr: Frühmesse in der Schule; ½ 11 Uhr: Hochamt und Predigt in der Kirche.

Volksbibliothek Knabenmittelschule Schulstr. 3
Geöffnet Sonntags von 11½—12½ Uhr.

In der vergangenen Nacht ist meine inniggeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Martha Sophie Rosenthal
geb. v. Buchner
nach schwerem Leiden im Bergmannstrost in Halle verschieden.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Dr. Theodor Rosenthal.
Merseburg, den 6. Juli 1922.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Juli, 4 Uhr nachm. von der Kapelle des Altenburger Friedhofs aus statt.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Statt Karten!
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen drängt es uns, den aufrichtigsten Dank auszusprechen allen denen, die seinen Sarg so reichlich mit Kränzen und Blumen schmückten und ihn zur letzten Ruhestätte geleiteten. Herzlichen Dank der lieben Gemeinde, sowie dem Landwirtschaftlichen und Jagd-Verein für die wundervollen Kranzspenden und Verehrungen. Innigen Dank Herrn Pastor Ballin für die tröstenden Worte, sowie Herrn Lehrer Gothe nebst Schuljugend für den erhebenden Gesang.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Ww. Alma Seydel geb. Pönicke.
Spergau, den 6. Juli 1922.
Trennung, ach wie schwer warst du.

Empfehle noch preiswert:
Bade-Anzüge für Damen, Herren, Kinder,
Bade-Hauben, Bad-Hosen, Bade-Tücher in reicher Auswahl.
A. Henckel, Merseburg, Delgrube 29.

Liköre
Sinner
Backpulver
SINNER A.-G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Grundstücks-Verkauf!

Sonnabend, den 8. Juli d. J., nachmittags 5 Uhr, findet in Menzels Restaurant am Roßmarkt, hier, die Versteigerung des Hausgrundstückes Mälzerstr. Nr. 3 in Merseburg, öffentlich meistbietend statt. Wohnung wird frei. Besichtigung nur Donnerstag und Freitag nachmittag von 1 bis 5 Uhr. Bedingungen im Termin. 5000 Mark Bietungskaution erforderlich.
Albert Franke, beeid. Auktionator, Lindenstr. 11.

Achtung!!
Alles wird Sonntag, den 9. Juli, eingeladen nach
Reipisch zum Kinder- u. Volksfest.
Volksbelustigungen für Jung und Alt.
Beginn 2 Uhr. Abends ab 7 Uhr
Ball mit Blumen-Reigen.

Optikermstr.
Fischer
All Welt
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze.

Heidelbeeren
morgen auf dem **Wochenmarkte.** ff. Einmacheware.
Otto Zickert, Teichstr. 31, Telephon 378.

Mittelschw. Arbeitspferd
zu verkaufen
Rohprodukten-Zentrale Peter Gerard, Mücheln, Markt 5. Telephon 223.

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus.
Dir. H. Eilenberger.
Täglich 8 Uhr das große **Juli-Programm.**
Erstkl. Kabarettkünstl.
Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Schieß-Klub Meuschau.
Sonntag, d. 9. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab
Tänzchen
im Lippertschen Lokale.
Zu gleicher Zeit
Preisschießen!
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Grosse Eingänge in
Jacketts
Joppen
Hosen
Loden-
Lüster-
Leinen-
Drell-
Kakl-
Neumarkt 18 **H. Taitza** Neumarkt 18

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".
(Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Der beliebte
Wandfahrplan
auf Karton gedruckt vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner
Merseburg, Kl. Ritterstraße 3.

Hallesches Kunstleben.
Stadttheater
Freitag abd. **Willis Frau.** Heit. Familienstück von Reimann u. Schwarz.
Sonnabend abend **Der Zigeunerbaron.** (Berlinsvorstellung.)
Sonntag abds. 7½ Uhr **Das Dreimäderlhaus.** Musik nach Frz. Schubert.
Montag abds. 7½ Uhr **Die Fledermaus.** Operette v. Joh. Strauß.

Jüngerer Elektro-Monteur
(flott und selbständig) gesucht. Angebote unter 360 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Jüng. Verkäuferin
welche auch in schriftlichen Arbeiten bewandert ist, für sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschrift und Gehaltsansprüchen unter 361 an die Exped. d. Bl.

Fabrikportier
gesucht.
Schriftliche Angebote unter 349 an die Exped. d. Bl.

Zwei tücht. Klempner und Installateure
stellt sofort ein
Carl Höfer, Markt 8.

Frau oder älteres Mädchen
für Haus-, Hof- und Feldarbeiten gesucht.
P. Fröbel,
Kantine Königsmühle.

Suche für Anfang August
gut empf. Dienstmädchen
Frau R. Ostermaier,
Kleine Ritterstr. 12. 1 Tr.

Ehrlich. fleißig. Mädchen
aus Land sei. Zu erfr. bei Schuhmachermstr. **Hoffmann**
Schmale Str. 16.

Fleiß. ordentl. Mädchen
findet angenehme Stellung sofort oder später bei
Gastw. Sieler, Spergau.

Ehrliches fleiß. Mädchen
bei gutem Lohn gesucht. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Größeres Schulmädchen
während der Ferien für ein zweijähriges Kind gesucht. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Saubere Aufwartung
für 3 halbe Tage der Woche gesucht Delarude 41.

Jüngere Aufwartung
für tägl. 2 Stunden gesucht. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Aufwartung
für Mittwochs und Freitags auf einige Stunden gesucht
Ritter-Drogerie,
W. Mahlfeldt, Kl. Ritterstr. 9

Ein Geldtäschchen
mit Inhalt am Mittwoch nachmittag **gefunden.** Abzuholen Annenstr. 5, p., l.

Ehrenerklärung.
Die Beleidigung gegen den Landwirt R. Dunzel nehme ich hiermit als unwahr zurück. E. Richter.

Zimmerstutzen-Verein
Merseburg E. V.
feiert vom 9. bis 11. Juli sein
26. Königs- und Preisschießen
Ueb Aug und Hand für Vaterland
im „Strandschlößchen", wozu alle Kameraden, Freunde und Gönner des Vereins und des Schießsportes eingeladen werden
Sonntag: 2 Uhr Auszug der Schützen vom Tivoli aus; von 3 Uhr ab Schießen und Konzert der Philharm. Orchester-Vereinigung. Großer Volksball nachm. und abends. **Montag:** Schießen, von 4 Uhr ab Konzert und Kinderbelustigungen. **Dienstag:** Schießen, abends von 8 Uhr ab großes Konzert und Brillant-Strandfeuerwerk. — Festkarten für alle 3 Tage, Mk. 18,— inkl. Steuer, sind noch beim Kam. Paß, Neumarkt 50, sowie im Strandschlößchen zu haben

Pretzsch.
Sonntag, den 9. Juli, nachmittags ½ 3 Uhr,
großes Kranz-Reiten
Anschließend **Ball**
Es ladet freundl. ein Der Junggesellenklub.

Achtung! **Creypau.** Achtung!
Sonntag, den 9. Juli, von 3 Uhr ab,
großer Mädchenball.
Flotte Musik. Neueste Tänze.
Alle jungen Mädchen und Burschen laden freundlich ein Die jungen Mädchen. Der Wirt.

Achtung! **Blösien** Achtung!
Sonntag, den 9. d. M., von nachm. 3 Uhr an,
großer Mädchenball,
wozu freundl. einladen Die Jungmädchen. Der Wirt.

20—30 Feuerungs-Maurer
werden gesucht nach Frauenreuth-Werdau Sa. (Porzellan-Fabrik). Zu melden im Bauburo Julius Kornagel, Leuna-Werke oder bei Polier Arndt, Kol. Freienseide bei Merseburg.

Schnitt-Nelken
in herrlichstem Farbenspiel zu niedrigen Preisen zu verk.
Gemüsebau Rischmühle.

Maurer
stellen ein **Döring & Lehrmann A.-G.**
Zu melden beim Polier Kühne, Grube Otto, Körbisdorf.

Anzeigen aus Schafstädt und Umgegend.

Teleph. 74. Geschäftsstelle und Anzeigen-Annahme: Buchdruckerei O. Brünner in Schafstädt. Teleph. 74.

Bekanntmachung.

Das Kinderfest soll in diesem Jahre am **Freitag, den 14. Juli 1922** gefeiert werden.
Der Abmarsch erfolgt nachmittags 1 Uhr von der Schule aus. Auf dem Markt wird beim Auszuge eine kurze Ansprache gehalten, der Zug bewegt sich sodann auf dem gewohnten Wege durch die Stadt nach dem Festplatze, von wo der Rückmarsch nach dem Markt, wie bisher, abends je nach der Witterung zwischen 6 und 6½ Uhr angetreten wird. Am Abend vor dem Fest wird um 9 Uhr der Unzug der Kinder mit Laternen stattfinden. Versammlungsort ist der Platz an der Schule.
Wir richten an das Publikum die dringende Bitte, das Abbrennen irgend welcher Feuerwerkskörper durch Unbefugte bei dieser Gelegenheit unbedingt nicht zu dulden und jede Zuwiderhandlung unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.
Schafstädt, den 4. Juli 1922.
Der Magistrat. — Die Schuldeputation.

Bekanntmachung.

Die Tabak anbauenden Personen unserer Stadt werden hierdurch aufgefordert, die Größe ihrer Anbaufläche bis spätestens 10. d. Mts. im Zimmer 2 des Rathauses anzumelden. Zuwiderhandlungen sind nach dem Gesetz strafbar.
Schafstädt, den 6. Juli 1922.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Ermittelung und Befriedigung des **Bedürfnisses nach Kleinpachtgärten** wollen sich diejenigen, welche vom nächsten Jahre ab einen Kleingarten (625 qm, ausnahmsweise höchstens 1000 qm) pachten wollen, im Zimmer 2 des Rathauses **bis spätestens 1. August d. J.** melden. Durch diese Meldung wird aber noch keine Gewähr auf Zuweisung eines Kleingartens gewährt. Die Zuweisung hängt von der Landbeschaffung ab.
Diejenigen, welche bereits von ihrem Arbeitgeber Land zur Bewirtschaftung zugewiesen erhalten bezw. Aussicht auf Zuteilung haben, können einen Anspruch auf weitere Zuweisung von Land nicht erheben.
Schafstädt, den 6. Juli 1922.
Der Magistrat.

Schützengilde Nieder-Eichstädt.
Unser diesjähriges
Schützenfest verbunden mit **Fahnenweihe**
findet vom **8. bis 11. Juli** statt.
Nachm. 3 Uhr: **Konzert, Ball** im Freien und **Volksbelustigungen.** Abends von 8 Uhr an: **Ball** und **Illumination** auf dem Festplatz. — Es laden frdl. ein
Hasselbarth, Gastwirt. **Der Vorstand.**

Der beliebte
Taschen-Fahrplan
der Elektr. Überld.-Bahnen
Merseburg-Mücheln
Merseburg-Halle
Merseburg-Dürrenberg
der Auto-Linie
Merseburg-Leipzig
der Zugverbindungen (Staatseisenbahn)
Merseburg-Halle
Merseburg-Mücheln
in neuer Ausgabe
zu haben in der
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Glückwunsch-Karten
zu allen Gelegenheiten,
Ansichtspostkarten,
Kunst- und Serienkarten,
Kleinkunstbilder,
Postkartenrahmen,
Butterbrotpapier usw.
empfiehlt noch besonders preiswert
Buchhandlg. Otto Brünner,
Schafstädt.

Geg. Haarschwund
hilft schnell u. sicher
Crescrinella
auch bei wenigen Wurzeln.
Zu haben Ritter-Drogerie.
Merseburg.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseburg. Korrespondent.
(Nebenausg. Schafstd. Ztg.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0004

Stadtverordneten-Sitzung.

Die Geländeumlegung bewilligt. — Etatsrede des Oberbürgermeisters. — Die Gewerbesteuern entgegen dem Voranschlag herabgesetzt.

Merseburg, 6. Juni 1922.

Man hätte annehmen sollen, daß diese für Handel und Gewerbe so außerordentlich einschneidende Stadtverordnetenversammlung einen äußerst regen Besuch aus der Bürgerschaft aufzuweisen haben würde. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Stadtverordnetenreihen wiesen große Lücken auf, und im Zuschauerraum „wärmten" sich ein paar einsame Männer, anscheinend arbeitenden Standes. Diese Interessenlosigkeit der Bürgerschaft an den wichtigsten kommunalpolitischen Fragen verdient einmal scharf beleuchtet zu werden. Nachträgliche Kritik ist leichter, als alle Tatsachen, so wie sie den Stadträtern vorgetragen werden, richtig abzuwägen und zu entscheiden. Noch dazu bei solcher Hitze . . .

Nach Eröffnung durch Stadtv.-Vorst. Junker berichtet Stadtv. Elschner (Dem.) über die Magistratsvorlagen betr. die

Auflösung des Steuerausgleichsstücks und Überweisung der Gelder an den Grunderwerbsstock

und betr. die

Geländeumlegung in dem von Friedrichstraße, Annenstraße, Thiermarstraße und Pestalozzistraße umschlossenen Baublock.

Beide Vorlagen werden, wie bereits veröffentlicht, ohne Debatte angenommen.

Stadtv. Wilck (Dn.) befürwortet die Annahme des **Fluchtlinienplans für die Gegend zwischen Digrube, Lieser Keller und Burgstraße.** Er fragt an, warum sich die Stadt den jetzt erfolgte Verkauf des Heuerschen Grundstücks hätte entgehen lassen. Oberbürgermeister Herbog teilt darauf mit, daß die Stadt von dem kürzlich erfolgten Verkauf gleichfalls überrascht worden sei. Die Vorlage zur jetzigen Zeit bezwecke, zu verhindern, daß der neue Besitzer einen Neubau des Grundstücks vornehme, der die Durchführung der Entenplanstraße in die Digrube und Unendliche hinausziehen würde. Darauf wird nach kurzen Bemerkungen die Vorlage genehmigt.

Stadtv. Fiedler (SPD.) beantragt die

Umwandlung der Stelle des leitenden Arztes des städtischen Krankenhauses in eine Stelle für einen Beamten auf Kündigung.

Dem wird zugestimmt. Desgleichen der **Neufestsetzung der Entschädigung für die Besitzer des Versicherungsamtes,** jedoch bei letzterer Vorlage abweichend vom Magistratsbeschluß. Es soll auf Antrag der nachweisbar unstandene Lohnausfall vergütet werden.

Stadtv.-Vorst. Junker trägt sodann die Begründung für den **Bankostenzuschuß für die durch die Baugenossenschaft Eigenheim ab erbauenden Häuser für Eisenbahnangestellte** vor, die wir gleichfalls schon veröffentlichten. Nachdem Stadtv. Bothe auf die Unmöglichkeit der dauernden hohen Zuschußleistungen derartiger Staatsbauten hingewiesen hat, richtet Oberbürgermeister Herbog einen ernsten Mahnruf an die Eisenbahnverwaltung. Über die Eingänge über die Wohnungsbaudgabe hinaus werden wir kaum noch hinausgehen können. Für werden uns bemühen, die für dieses Jahr vorgesehenen Bauvorhaben noch auszuführen. Wir hoffen, aus den dem Reiche zur Verfügung stehenden Fonds auch für Merseburg einige Mittel zu erhalten, da die Wohnungsnot hier geradezu katastrophal wirken muß. Der Eisenbahnverwaltung gegenüber müssen wir an unserm Vorbehalt festhalten, daß sie im nächsten Jahr ohne städtische Zuschüsse ein weiteres Sechsfamilienhaus baut. Wir sind bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen, und wenn die Eisenbahnverwaltung unsere Vorbehalte nicht annehmen sollte, dann ist es ausgeschlossen, daß die Stadt für die Unterbringung der 14 Eisenbahnerfamilien jemals Sorge tragen kann. — Darauf wird die Magistratsvorlage angenommen.

Stadtv. Richter (SPD.) bemängelt bei der

Nachbewilligung von Kosten für Instandsetzung der Kloetts in den Baracken an der Weißen Mauer,

daß in der Begründung angegeben sei, die erhöhten Kosten hätten sich durch Lohnerhöhungen nötig gemacht. Die Löhne seien dieselben geblieben. Unter allgemeiner Heiterkeit wird er darüber aufgeklärt, daß vielmal während der Zeit Lohnerhöhungen eingetreten seien.

Nach Verlesung einer Eingabe des Wirtschaftsverbandes für Handel und Industrie und der Mittelstandsvereinigung ergreift Oberbürgermeister Herbog das Wort zur sogenannten

Etatsrede.

Die Interessentenverbände gingen vielfach nicht von dem Gesichtspunkt aus, was braucht die Stadt, sondern mehr davon, die Steuern möglichst herunterzudrücken. Auf dieser Grundlage läßt sich aber durchaus nicht zusammenarbeiten. Über die Höhe der Steuern haben letzten Endes die städtischen Körperschaften allein zu beschließen. In allen Kommissionen sind neben Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern auch die Bürgerschaft vertreten, dadurch ist die Anhörung der Interessenten gewährleistet. Wir haben unsere Ansätze vielfach sehr optimistisch eingesetzt, Einnahmen, die auf Hoffnungen basieren anstatt auf sachlichen Unterlagen. Als Pufferposten haben wir die niedrigste Grenze von 3 Millionen angenommen, wovon 2 Millionen bereits durch neue Tariferhöhungen in Anspruch genommen sind, so daß eine Million übrig bleibt. Ob uns unsere Vergnügungssteuer beispielsweise weiter verlängert werden wird, wissen wir nicht. Die Sätze gehen erheblich über die sogenannte Musterordnung des Reiches hinaus. Das ist ja das Traurige, daß die Selbständigkeit der Gemeinden auch in finanzieller Hinsicht überaus eingeschränkt wird. Wir hatten gehofft, Ende 1923 vom Finanzamt zu erfahren, wie viel Steuern wir für das Jahr 1920 bekommen werden, wahrscheinlich wird es aber sogar 1925 werden. Wenn wir die Einnahmen beschneiden, so besteht die Möglichkeit, daß wir dafür ein 5., und 6. Steuerquartal erheben müssen, womit weder den Gewerbetreibenden noch dem Hausbesitzer gedient ist. Wenn wir mit der Festsetzung noch warten, so besteht gleichfalls die Gefahr, daß dann die Steuern nicht mehr einkalkuliert werden können. Wir können dem Steuerzahler nicht zumuten, daß er erst gegen Ende des Jahres weiß, was er an Abgaben zu leisten hat, es ist ohnehin schon spät. Der Etat sollte am Jahresanfang fertiggestellt sein. Bei Vergleichen muß man vorsichtig sein.

Gegenüber Städten gleicher Größe

und vor allem ähnlicher Verhältnisse schneidet Merseburg nicht schlecht ab. Weißenfels erhebt beispielsweise 3500 Prozent. Wir können nicht einfach andere Quellen heranziehen. Der Staat schreibt sie uns gesetzlich vor. Möglicherweise kommt es in Zukunft noch schlimmer, wenn es sich bewahrheitet, daß das Reich, auch die Grundsteuer für sich beanspruchen will. Positive Vorschläge sind uns nicht gemacht worden, wie wir die Kosten zur Balanzierung des Etats aufbringen sollen. Die Endsumme, die als zu hoch beanstandet wird, ist nicht der richtige Maßstab zu Vergleichen mit den Etats anderer Städte, es kommt hierbei viel auf die technische Aufmachung an. Maßgebend ist allein der Verbrauchsbedarf. Steuern aufzubringende Einnahmebedarf. Während das beim 15 Millionenetat, werden in Bezug 22 Millionen gefordert. Auch der Vorwurf einer verhältnismäßig zu großen Beamtenschaft in Merseburg ist haltlos. Eine Auffüllung des Bitterfelder Magistrats weist nach, daß Merseburg trotz seiner durch schnelle Entwicklung bedingten vielseitigen Arbeiten, am günstigsten abschneidet. Es kommt noch hinter Liebenburg, Naumburg, Nordhausen, Weißenfels usw. Zum Spaß oder um die Konkurrenz und die Gewerbetreibenden zu schädigen, setzen wir die Steuern wahrlich nicht fest, sondern nur aus eisernen Notwendigkeit. Im allgemeinen ist die Lage der Gewerbetreibenden doch nicht so schlecht. Allerorts sind die Konkurse zurückgegangen, die Hypotheken abgetragen. Wir müssen die Mittel aufbringen, die die Stadt braucht.

Stadtv. Hesselbarth (SPD.) benutzt die Gelegenheit zu einem Angriff auf den Vorsitzenden des Hausbesitzervereins. Er glaubt, daß es den Hausbesitzern und Gewerbetreibenden sehr gut geht. Über derartige Schreiben müsse man zur Tagesordnung übergehen.

Stadtv. Bothe (Dn.) wendet sich scharf gegen die vom Vorredner geübte persönliche Behandlung von Eingaben großer Interessenverbände. Sachlich habe er zu bemerken, daß, wenn irgend möglich, die Gewerbesteuer wenigstens etwas herabgesetzt werden müsse. Der Ansatz eines Mehrrisiko von 25 Prozent gegen das Vorjahr müsse als zu niedrig angesehen werden.

Stadtv.-Vorst. Junker schlägt vor, die einzelnen Pläne erst durchzuberaten, dann werde man schließlich sehen, ob irgendwie noch zu sparen sei.

Bei der etwas einsinnigen Beratung der Pläne ergibt eine rasche Durchsähung, daß man von der Beschlußunfähigkeit nicht mehr weit entfernt ist und die Stadträte müssen zum Teil aus dem kühleren Nebenraum herein in die Arbeit gebracht werden. Stadtv.-Vorsteher Junker trägt die Pläne

der allgemeinen Verwaltung,
der Vermögens- und Schuldenverwaltung,
des Fleischbeschauamtes;

Stadtv. Teller (Dem.) den

der Polizeiverwaltung;

Stadtv. Elschner (Dem.) den

der Grundeigentumsverwaltung

und Stadtv. Teller (Dem.) die

der außerordentlichen Rechnung und der Gemeindesteuern und Abgaben

vor. Wir sind seinerzeit so schon ausführlich auf die Vorlagen eingegangen. Zur letzteren wird die vorher unterbrochene Debatte wieder aufgenommen. Oberbürgermeister Herbog weist auf eine zweite Möglichkeit hin, um den Etat zu balanzieren, auch wenn die Gewerbesteuern etwas herabgesetzt werden. Wenn wir mit einem Mehrergebnis des Gewerbesteuerzolls des Vorjahres von 50 Prozent anstatt 25 Prozent rechnen, so ergibt das einen Mehrertrag von 780 000 ℳ. Dann ist es möglich eine Zuschlage in der 1. und 2. Klasse auf 3000 Proz. in der 3. auf 2500 Proz. und in der 4. Klasse auf 1600 Proz. herabzusetzen. Die sich daraus ergebende Mehreinnahme muß dann der Pufferausgabe zugeführt werden, da der Pufferposten sehr niedrig erscheint, er hat auch im Vorjahr bei weitem nicht gereicht. Es sprechen sich für den zweiten Vorschlag aus die Stadtv. Teller und Nahlo, letzterer so temperamentvoll, daß er fast mit dem Gesetze zum Schutze der Republik kollidiert. Stadtv. Frauenheim (Dem.) lehnt beide Vorschläge als unnöß für die Betroffenen ab. Er meint, daß die geschlossene Ablehnung aller Haushaltspläne zuerst einen Wandel in der Finanzgesetzgebung bringen würde. Auch sei die Klasseneinteilung längst überholt und bedürfe einer Neuregelung. Oberbürgermeister Herbog ist der Meinung, daß ein Zwangsetat noch ungünstiger für die Gewerbetreibenden ausfallen würde. In Zukunft werde die Klasseneinteilung fortfallen. Stadtv. Grimm (Dem.) stellt aus den Haushaltsplänen der städtischen Grundeigentumsverwaltung fest, daß die Lage der Hausbesitzer doch nicht so rosig sei, wie Stadtv. Hesselbarth behauptet habe. Es sprechen weiter noch die Stadtv. Bode, Mahlo, Kehl und Teller. Darauf wird der erste Magistratsantrag gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und der zweite Vorschlag gegen die Stimmen der Stadtv. Frauenheim und Kahl angenommen, desgleichen

der Haushaltsplan.

Weiter sind zwei Dringlichkeitsanträge eingegangen wegen Gewährungbes Gemeindebrittels zu den unrentierlichen Baukosten und zwar für die Bauvorhaben der Vereinigten Siedlungsgenossenschaften auf rund 236 000 ℳ und der Merseburger Baugesellschaft auf 294 000 ℳ. Die erstere an vielen zwischen Schrebergärten Nord und Gerichtsrain, die letztere an der Blanckestraße bauen.

Darauf tritt man in die geheime Sitzung, nach deren Beendigung die Öffentlichkeit noch einmal hergestellt wurde, um über die Wahl eines Beisitzers zum Mietseinigungsamt zu beschließen.

In Danzig.

Von Arthur Brausewetter, Danzig.

Es ist wirklich nicht recht faßbar, welche falsche Vorstellungen über Danzig im Westen und Süden unseres Vaterlandes verbreitet sind, und man kann gar nicht genug tun, ihnen entgegenzuarbeiten.

Vor kurzem machte ich eine Vortragsreise durch Deutschland. Wie ungezählte Male auf dieser Reise wurde ich gefragt: „Sind Sie nun eigentlich da oben in Danzig" polnisch? Nein? Nun, dann werden Sie es aber bald werden. Ihre Eisenbahnen sind es ja schon, Ihre Post werden es nächstens sein, — und wenn ich energisch widersprach, ein mitleidiges Achselzucken: „Nun ja, Sie glauben und wünschen es nicht — aber — aber —"

Daß so etwas gerade sehr ermutigend auf einen deutsch fühlenden Danziger wirkt, könnte ich nicht behaupten.

Und dann ein anderes: „Sagen Sie mal, was für eine Währung haben Sie eigentlich in Danzig? Die polnische, nicht wahr? Nein? Die polnische nicht? Nun, dann haben Sie ihre eigene Währung, nicht wahr? Würden Sie vielleicht so gut sein, mir einige Ihrer Scheine zu überlassen? Ich sammle nämlich."

Und nun das Dritte, ebenso wenig Erbauliche, die auch mehrere Male zu verzeichnen gewesene Frage: „Haben Sie nicht eigentlich eine Besatzung in Danzig? Die polnische, nicht wahr? Nein? Also die englische?"

Du lieber Himmel, sind die Zollgrenzen und Absperrungsmaßregeln, deren wir uns hier zu erfreuen haben, denn wirklich schon so allmächtig, daß man derartige Vorstellungen im lieben deutschen Vaterlande von uns „da oben in Danzig" hat?

So sei es mir gestattet, hier zu allererst einmal drei Sätze mit allem Nachdruck aufzustellen:

Erster Satz: Wir in Danzig sind ganz und gar nicht polnisch. Wir sind nicht nur deutsch, wir sind deutscher als je.

Zweiter Satz: Wir in Danzig haben keine polnische, keine englische und auch keine eigene Währung. Die deutsche Reichsbank hat in Danzig nach wie vor ihre Niederlassung und wirkt genau in der alten Weise. Eine andere Währung als die deutsche ist für uns überhaupt nicht möglich. Wer von einer, wenn auch noch nicht vollzogenen, so doch „sicher bevorstehenden" Währungseinheit mit Polen spricht, der kennt in dieser Frage nicht einmal den polnischen, geschweige denn den deutschen Standpunkt. Wer eine englische Währung annimmt, der lebt vielleicht in dem beneidenswerten Optimismus, die Bank von England würde nach Danzig kommen, unser Wirtschaftsleben mit ihrem guten Gelde zu unterstützen. Bliebe also die eigene Währung, die manch einer mit einer gewissen Begeisterung befürwortet hat. Aber er vergißt, daß unser kleines, nun einmal auf das Ausland angewiesenes Staatsgebilde außerstande wäre, eine eigene Währung in Zahlung zu bringen und auf dem Geldmarkt zu erhalten, aus dem einfachen Grunde schon, daß eine solche auf den Weltbörsen schwerlich zur Notierung gelangen würde.

So haben wir also die deutsche Währung und werden bei ihr bleiben.

Dritter Satz: Wir haben hier keine englische, geschweige denn eine polnische Besatzung. Wir haben einen englischen Oberkommissar hier, der sich in Danziger Angelegenheiten einer vornehmen Zurückhaltung befleißigt. Unser Freistaat wird in vollkommener Selbständigkeit und Freiheit von unserem Senat geleitet, der aus sehr tüchtigen, rein deutschen Männern, mit dem Präsidenten Sahm an der Spitze, besteht.

Und doch leiden wir in Danzig.

Es liegt in der Natur der Dinge, und Deutschland ist es selbstverständlich nicht zu verdenken, daß es gegen uns strenge Zollschranken aufrichtet. Aber wehe tut es doch. Viel schlimmer ist es noch durch die vollzogene Zollunion mit Polen geworden. Sie hat es verursacht, daß wir nun ganz und gar mit Polen „verallgemeinert" werden. Jede aus Deutschland kommende Ware wird von nun an den Zollvorschriften unterzogen. Heute habe unsere großen Geschäfte noch einen gewissen Bestand (daß wir auf Jahre hinaus eingedeckt sind, wie behauptet wurde, ist nicht richtig), und die vornehmen unter ihnen verkaufen sie noch zu dem heute geltenden Preisen. Sind diese Vorräte aber erschöpft, was sehr bald der Fall sein kann, so werden die neuen durch die zum Teil unermeßlich hohen Zollsätze derartig teuer, daß sie der normale Mensch nicht mehr anzuschaffen in der Lage ist. Ja, ein ganzes Warengebiet, mit dem man sich nicht auf längere Zeit eindecken konnte, ist infolge der Zollzuschläge heute bereits so gut wie unerschwinglich. Wenn man auf der Zollstelle ist, beobachtet man mit

---

Das Schloßgeheimnis von Eckhofen.

Eine Geschichte von Anny v. Panhuys

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ilse rang mit sich, aber ehe sie zu einem Entschluß kam, stürzte Klein-Herbert hinter einem blühenden Mandelstrauch hervor und lachte übermütig:

„Ich habe mich versteckt, aber ihr seid vorbeigegangen ohne mich zu sehen."

Ilse atmete zufrieden auf. Vorläufig war sie um die heikle Fragebeantwortung herumgekommen.

Wenn sie erst in Lothar Brunkendorffs Herzen festen Ankergrund gefunden, wollte sie dem Doktor sagen, daß ihre Liebe zu ihm leider ein Irrtum gewesen sei. Sie liebe einen andern.

Herbert schwatzte lebhaft auf Hans Kurschmann ein, der sich zusammennehmen mußte, um auf die Kindergedanken einzugehen.

Einmal fragte er aber doch zu Ilse gewandt:

„Nun, darf ich um Wahrheit bitten?"

Ilse lachte.

„Sobald ich sie selbst weiß, sollen Sie sie auch erfahren, Herr Doktor."

Die Mensurnarbe auf der Männerwange erglühte rot.

„Ich bemütige mich durch keine neue Frage mehr, glauben Sie aber mir noch etwas mittheilen zu müssen, Fräulein Haldow, so werden Sie sicher dazu Gelegenheit finden."

In Ilse rief eine Stimme: Sei keine Närrin, halte dein Glück fest! Aber sie biß die Lippen aufeinander und gab keine Antwort.

Nun wußte Doktor Kurschmann, sein wunderschöner Liebestraum war zu Ende und eine Trauer war in ihm, als sei ihm ein lieber, lieber Mensch gestorben.

Und sollte Ilse sich wirklich noch besinnen und ihm sagen: „Ich will dein Weib werden!" er würde ihr wahrscheinlich erwidern: Eine Liebe, die es erst nötig habe, sich zu überlegen, was sie wäre, sei überhaupt keine Liebe, und er müsse deshalb darauf verzichten, sie sein Eigen zu nennen. So würde es kommen, wenn Ilse überhaupt noch den Weg zu ihm fand.

Der Maler mit dem adligen Namen aber trug die Schuld, daß Ilses Denken sich so ganz veränderte, diese Gewißheit war in ihm, und er nahm sich vor, seine Doktorbesuche im Schlosse auf das mindeste einzuschränken, solange Lothar von Brunkendorff darin weilte.

*

Beinahe täglich saß Elisabeth dem Maler, und Klein-Herbert war dabei und beobachtete mit feierlichem Ernst, wie das Bild auf der Leinwand seiner Mutter immer ähnlicher wurde.

Er patzte genau auf.

So zu malen wollte er auch lernen, denn dann konnte er doch jeden hier im Schlosse malen, den Verwalter und den alten Valentin und die Pferde im Stall.

Gönnerhaft meinte er zu Lothar Brunkendorff:

„Weißt Du, Onkel Maler, Du solltest eigentlich immer bei uns bleiben, damit ich richtig bei Dir lernen kann, Mutter erlaubt es, sie hat gestern zu mir gesagt, Du bist ein lieber Mensch."

Verdutzt schwieg der Kleine, denn seine Mutter machte ein ganz sonderbares Gesicht. Ob sie es vielleicht doch nicht erlaubte, daß der Onkel Maler immer bei ihnen blieb?

Das Kinderhirn hing den Gedanken nach und fand sich nicht zurecht.

Ilse sah mit flirrenden Augen auf Elisabeth, der eine feine Röte über Wangen und Halsansatz lief. Angst erwachte in ihr, daß all ihr Grübeln und all die Mühe, die sie sich gab, das Zueinandergelangen der beiden Menschen zu verhindern, kein Ergebnis zeitigen sollte. Dann wäre das Opfer, das sie ihrem Ehrgeiz gebracht, überflüssig gewesen, dann wäre jedes mühsam erflehte Wort, das sie Hans Kurschmann gesagt, überflüssig gewesen. Sein ehrliches, hübsches Gesicht erstand vor ihr, und sie empfand ein leises heimliches Weh, das wie ein körperlicher Schmerz war.

Sollte sie sich bescheiden, sollte sie zu Hans Kurschmann sagen: Vergib mir, ich habe Dich doch tausendmal lieber als meine noch in den Wolken schwebenden hohen Träume. Wußte sie ihm nicht gestehen, in welcher Verfassung sie sich befunden, und ihn um Rat bitten, ob sie den beiden Hauptbeteiligten ihr gegenseitiges Verwandschaftsverhältnis erklären sollte?

Nein, nein! Ein kurzes, von niemanden beobachtetes trotziges Zurückwerfen des schönen Blondkopfes. Wer wird solche auf halbem Wege stehen bleiben. Eine Närrin wäre sie, wenn sie das tät.

Schloßherrin zu werden, war wahrlich ein Preis, der sich jeder Mühe und jeden Opfers lohnte.

Jeden Opfers?

Die Frage Klein-Herberts hatte aber auch in des Malers Brust einen Zwiespalt von Empfindungen ausgelöst. Einen lieben Menschen hatte ihn Elisabeth vor dem Kinde genannt. Eine große, wunderbare Hoffnung erblühte in ihm, und doch flatterten schon Zweifel herzu, die Hoffnung zu zerpflücken.

Er wagte keinen Blick nach Elisabeth hinüberzuschauen, und so entging ihm ihr Erröten, das vielleicht seiner Hoffnung eine Stütze geworden.

Nach den Worten Klein-Herberts herrschte ein langes, beklommendes Schweigen bis sich endlich Elisabeth aufraffte und sagte:

„Herr von Brunkendorff kann nicht immer bei uns bleiben, denn es möchten noch viele Herren und Damen von ihm gemalt sein, und die haben doch nicht alle Zeit hierher zu reisen."

Die Antwort genügte dem Knaben vorläufig. Und nun trafen sich Elisabeths und Lothars Augen. Die ihren hatten einen still lächelnden Ausdruck, in den seinen aber brannte eine Frage, die er doch nicht laut werden lassen durfte, denn er war ein zwar nicht ganz unbekannter, aber immerhin nur ein Maler, der gerade soviel verdiente, um sorgenfrei leben zu können. Die Frau aber, deren dunkelgoldumsprühtes Antlitz ihm soviel Sehnsucht ins Blut gesagt, war die Besitzerin eines Schlosses und gebot über Reichtümer. Sie stand unerreichbar über ihm.

Doch Titch zog sich Ilse in ihr Zimmer zurück. Sie fühlte sich nicht recht wohl, entschuldigte sie sich bei Elisabeth, und sie möchte sich deshalb ein Stündchen niederlegen.

Elisabeth fragte besorgt, ob sie den Doktor bitten lassen solle, doch Ilse wehrte fast heftig ab. Es lohne sich wirklich nicht, wegen einer solchen Kleinigkeit den Doktor zu bemühen. So erregt sagte es Ilse, daß es Elisabeth auffallen mußte.

„Der Doktor läßt sich jetzt überhaupt nur wenig bei uns blicken," meinte sie, die Jüngere forschend ansehend, „hatteß Du etwas mit ihm, wenn mich wollte es dünken, als hätte er eine große Vorliebe für Dich."

Sie zog Ilse dicht zu sich heran. „Gäbeß ein hübsches Doktorfrauchen ab, und denke, wie sein das schon aus dem Grunde wäre, weil Du doch dann immer in meiner Nähe bliebest."

Ilse machte sich beinahe schroff aus der Umarmung los.

„Herr Kurschmann ist mir gleichgültig und deine Scherze sind mir unangenehm."

Elisabeth wandte sich ab.

„Es war mir ernst mit dem, was ich sagte, und Du solltest nicht so überempfindlich sein." Doch gleich hat es ihr leid, sich etwas schroff geäußert zu haben, beglügend fügte sie hinzu: „Du fühlst Dich nicht wohl, Liebste, also gehe und ruhe ein Weilchen, nachher sieht die Welt für Dich unter rosigen Augen und Du begreifst, daß ich, wenn ich auch vielleicht mal etwas törichtes sage, es doch nur gut mit Dir meine."

Ilse rang sich ein Lächeln ab.

„Verzeih mein Benehmen, Elisabeth, aber mich plagt heftiger Kopfschmerz."

Sie ging mit niedergeschlagenen Augen und wehleidiger Miene. In ihrem Wohnzimmer angelangt, verschloß sie die Tür hinter sich und fand wie ermüdet auf das kleine Ruhebett, das inmitten des Raumes stand. Sie wühlte den Kopf in das weiche Bärenfell, das schräg über dem Kopfpolster lag, und verfiel in ein aufs äußerste angespanntes Nachdenken.

Doch schon nach wenigen Minuten sprang sie leichtfüßig hoch. Sie durfte nicht ziemlos verharren und mir beobachten wie die Dinge sich entwickelten.

Es war Zeit, Lothar von Brunkendorffs Aufmerksamkeit etwas von Elisabeth abzulenken. Gleichviel durch welches Mittel das geschah.

Die Sitzungen im Parkfaal mußten eine kleine Einschränkung erfahren und Elisabeths rosig erblühende Schönheit einen Dämpfer bekommen.

Mit raschem sicheren Schritt ging Ilse auf die Stelle des Paneels zu, in die das geheime Türchen eingelassen war. Nachdem sie ein Licht entzündet und Streichhölzer sowie einen Hammer zu sich gesteckt, den sie letzthin zur Befestigung von Bildern gebraucht, stieg sie die schmale Treppe hinunter, die sich hinter der Tür barg.

Elisabeth aber legte Klein-Herbert in sein Bettchen, wo er, da er an Mittagsruhe gewöhnt war, bald in ruhigen Schlaf versank. Dann ging sie die Garten vor das Bett, damit das Kindchen nicht von Fliegen belästigt würde, und schlich auf den Zehenspitzen hinaus.

Sie setzte sich in ihrem Zimmer an das weitgeöffnete Fenster und atmete mit Behagen den süßen Jasmindunst ein, der in starken Wellen aus dem Park bis zu ihr emporgetrieben wurde.

Wie scharfgrün der geschorene Rasen glänzte und wie lieb darüber die kurzstämmigen Rosen ihre zartblättrigen weißen und roten Häupter wiegten. Zitronenfalter schwebten mit ihren gelben Flügeln durch die Frühsommerpracht und schwarze Trauermäntel, deren düstere Flügel die Sonne säumte.

In Elisabeth quoll ein Gefühl auf, das wie eine Mischung von Stolz und Demut war und sich ihr gleich einem Gebet aus tiefstem Herzen über die Lippen rang: Du lieber Himmelsvater, wie hoch Du es doch so gut mit mir gemeint! (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0005

stillem Entsetzen, wie viele Geschäftsleute und Privatpersonen die Annahme der ihnen zugedachten Sendungen und Pakete einfach verweigern, weil der für sie geforderte Zoll sie ihnen unmöglich macht.

Überhaupt — wie furchtbar erschwert ist uns „hier oben" alles. Die Menschen im deutschen Vaterlande haben davon kaum eine Vorstellung.

Schickt einer einem ein Paket oder nur eine „Drucksache", ja, oft nur einen eingeschriebenen Brief, so erhält man eine Karte, auf der geschrieben steht: „Für Sie lagert die und die Sendung auf dem Zollamt." Nun gut, so geht man eben auf das Zollamt und holt sie ab. Leicht gesagt und schwer getan. Denn das heißt einen Vormittag drangeben, heißt wer weiß wie langes Harren und Warten, bis an einem die Reihe kommt; ein neues Harren und Warten, bis die betreffende Sendung der Form nach erledigt ist.

Ein Beispiel statt vieler: Eine mir bekannte Dame erhält nach alter, guter Gepflogenheit von der Treibjagd auf dem Gute ihres Bruders, das bei Marienburg, also in Deutschland, liegt, ihren Hasen geschickt. So auch diesmal. Erreut geht sie hin, den Hasen abzuholen. „Bitte, 120 Mark Zollgebühr" „in deutscher, nicht etwa in polnischer Währung). Und wieder ging ein schönes Stück seinen Heimweg.

Steigt die polnische Valuta, so steigen damit die Zölle, schwellen an, wachsen ins Unermeßliche. —

Aber die Sache hat außer dem wirtschaftlichen auch ein furchtbar ernstes kulturelles Gesicht. Und zwar so:

Bücher sind zollfrei. Aber Einbände nicht. Folglich sind broschierte Bücher zollfrei, gebundene aber zollpflichtig. Erwägt man, daß Danzig ausschließlich auf die Einfuhr deutscher Bücher angewiesen ist, daß dieser naturgemäß in gebundenen Exemplaren erfolgt, weil jeder das Werk, das er haben will, auch gebunden besitzen möchte und der Sortimentsbuchhändler broschierte Bücher so gut wie gar nicht verkauft, weil sie nicht verlangt werden, erwägt man ferner, daß eine große Anzahl solcher Bücher zu wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken gesandt werden (zu Studien aus Bibliotheken, Besprechungsexemplare von Verlegern, Zeitschriften und Zeitungen und vieles andere), so kommt diese Maßregel, wie die „Danziger Zeitung" richtig schreibt, in der Wirkung einer Kultursperre gleich. Die Danziger Buchhändler haben zu dieser sie schwer treffenden Bestimmung bereits in einem energischen Protest Stellung genommen, indem sie darauf hinwiesen, daß bis auf eine einzige Ausnahme (Rußland, wo die Verhältnisse ganz anders liegen) noch niemals von einem Lande auf Bücher, weder gebundene noch broschierte, Zoll erhoben worden ist. Das ist ein Beweis dafür, wie von allen Ländern die außerordentliche kulturelle Bedeutung des Buches anerkannt worden ist, die keine, auch nicht die geringste Einschnürung vertragen kann. Und gerade Polen und Danzig, die in weitaus größtem Maße auf das deutsche Buch angewiesen sind, müßten eine derartige einschneidende Schädigung vermeiden. Im Interesse der Kultur Danzigs ist es daher ein dringendes Gebot, den Zoll auf Bücher schnellstens aufzuheben.

Vermischte Nachrichten.

Ein Lastautomobil mit 30 Personen verunglückt.

Stuttgart, 6. Juli. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in Beihingen bei Ludwigsburg. An einem mit 30 Personen besetzten Lastauto riß die Kette an der Bremse. Der Wagen rannte einen Berg hinunter und stieß gegen eine Mauer. Es gab 4 Tote, 16 Swerverletzte und 10 Leichtverletzte.

Ein Dorf von einem Unwetter vernichtet.

Ein ungeheurer Wolkenbruch, der das ganze Nasodtal in Siebenbürgen überflutete, hat 40 Häuser vollständig zerstört und 120 stark beschädigt. Die von den Fluten unterwaschenen Gebäude stürzten ein und begruben unter ihren Trümmern 30 Menschen, von denen bis jetzt 16 Leichen geborgen werden konnten. An einigen Stellen sind ganze Familien ums Leben gekommen. Die Gemeinde Sabersin ist durch einen furchtbaren Wolkenbruch vollständig überschwemmt worden. Fast der gesamte Viehstand und die Lebensmittelvorräte des Dorfes wurden vernichtet.

Den Vogel abgeschossen.

Aus Hohenlimburg (Westfalen) wird geschrieben: Eine ulkige Sache ereignete sich bei dem Schützenfeste in Henkhausen. Als der Vogel abgeschossen war, stellte sich zum allgemeinen Erstaunen heraus, daß der glückliche Schütze gar kein Mitglied des Vereins war. Schnell wurde der Vogel wieder zusammengezimmert und das Schießen fortgesetzt, bis es einem anderen Schützenbruder gelang, durch einen guten Treffer die Königswürde mit Fug und Recht zu erwerben.

Schwerer Einbruch.

Aus Oranienbaum wird gemeldet: Ein schwerer Einbruch wurde von offenbar mehreren Einbrechern im Wäschegeschäft Schapitz verübt. Es fielen den Einbrechern Kleiderstoffe und Hemdentuche im Werte von 50—60 000 Mark in die Hände.

FUNKENBURG.
Zum **Sängerfest** Sonnabend von 8 Uhr ab
Ball mit freier Nacht
Sonntag von 3 Uhr ab **Gr. Ball.**
Es laden ein Das Komitee. Der Wirt.

Beth's Gesellschaftshaus.
Im Cafe
täglich Konzert der Kapelle Edelmann.
Im grossen Saale Sonntag abend 8 Uhr
Prinzess Olala.
Schlagero-operette von Jean Gilbert.

Spergau Gasthof z. Linde
Sonntag, den 9. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab
Mädchentanz
Es laden freundlich ein
Der Wirt. Karl Seler. Die jungen Mädchen.

Hotel Kurhaus Bad Dürrenberg.
Inh: Karl Seelig.
Sonntag, den 9. Juli,
Großstadt-Ball!
Nur neueste Tänze. — Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch **Intimer Tanzabend.**
Anfang 1/8 Uhr.

Telegramm!
Avusfieger Brennabor
errang drei neue bedeutende Erfolge!
Bei großem Internationalen Automobil-Meeting Fanö, veranstaltet vom Königl. Dänischen Automobil-Club, siegte preisgekrönter **Grunewaldfahrer Jacobs auf 8/24 PS Brennabor** überlegen in seiner Klasse. **Jacobs schlug alle ausländischen Gegner** bis zu den größten Sechs-Liter-Rennwagen. Auch in Deutschland **siegte Brennabor** erneut überlegen. Aus Bergprüfungsfahrt auf dem Gabelbach bei Ilmenau hervorging **Arnold-Erfurt auf 8/24 PS Brennabor als erster Sieger.** Carl Reichstein junior belegte in seiner Klasse auf **8/24 PS Brennabor zweiten Platz.**
Gustav Engel Söhne
Merseburg. /·/ Merseburg.
Allein-Vertretung
der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken
N. A. G. / Hansa Lloyd / Brennabor / Hansa.

Merseburger Mieter-Verein.
Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr im „Tivoli"
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Beitragserhöhung, 2. Verschiedenes und Aussprache. Der Vorstand. Fröbe.

Turn-Verein „Rothstein"
Sonntag, den 9. Juli 1922, im „Casino"
Sommerfest.
Von nachm. 3 Uhr an: Konzert, Verlosung, Preisschießen u. -Kegeln, Tänzchen u. Kinderbelustigungen.
Von 7 Uhr an: **Sommernachtsball.**
Beginn des Schießens und Kegelns nach wertvollen Preisen vorm. 10 Uhr. — Freunde und Gönner unseres Vereins sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Kaffeehaus Meuschau.
Sonntag, den 9. Juli 1922,
- Sommerfest. -
Von nachm. 3 Uhr an Gr. Gartenkonzert, im Saal Tänzchen.
7 Uhr abends **Festball.**
Von vorm. 10 Uhr an Preiskegeln u. Schießen.
Daselbst Damenkegeln u. große Tombola.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst eingeladen. **H. T. V. Tannhäuser.**

Montag, den 10. ds. Mts.
Abendwanderung nach Frankleben. Abmarsch 7½ Uhr vom Kriegerdenkmal. Der Turnrat.

Allg. Turnverein
Sonnabend, d. 8. Juli, abends 8 Uhr, alte Post
Generalversammlg.
(Vorstandswahl).
Der Turnrat.

Männer-Turnverein.
Sonnabend, den 8. Juli, abends 9 Uhr i. Vereinslok.
Mitglieder-Versammlung.
Die Tagesordnung mit wichtigen Punkten liegt aus.

Verein der Ostmärker.
Nächsten Montag abends 8 Uhr im Restaurant „Tivoli"
Monats-Versammlung.

R.-V. „Germania".
Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im „Preußischen Adler". Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Wandern nach Böllitz
Sonntag, den 9. Juli 1922
Abmarsch pünktlich 2 Uhr nachm. von der Waterloobrücke.
Der Vorstand.

Ges.-Verein „Lyra".
Sonntag, den 9. d. M.,
Familienausflug nach Leuna
(Heiterer Blick).
Abmarsch 2 Uhr vom „Casino". Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.
Sonnabend, d. 8. d. M.,
Generalversammlg.
Der Vorstand.

Mandolinen-Verein Merseburg.
Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr,
Abendwanderung nach Löpitz
mit Instr. Gäste willkommen. Treffp. Waterloobrücke. Der Vorstand.

Euterpe.
Sonntag, den 9. Juli,
Tänzchen in Schkopau
(Gasthof Berger).
Gäste herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 44 Freitag, den 7. Juli 1922

Die in Stück 42 des Stadtamtsblattes vom 31. 3. 1922 veröffentlichte Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer hat unterm 3. 5. 1922 — V. 1271/22 — O. P. I. 2276. 1922 — O. P. I. 3785 C. — die Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf die Dauer eines Jahres gefunden. Über die im Punkt 5 der Ordnung erwähnte Angabe über das Halten von Hunden ist erfolgt noch besondere öffentliche Aufforderung.
Merseburg, den 6. Juli 1922. V. 2367/22.
Der Magistrat.

Eine Rückzahlung des eingezahlten Kapitals ist, sobald die Aufnahme erfolgt ist, unter allen Umständen ausgeschlossen.
Diese Änderung tritt vom 1. Juni 1922 in Kraft. IV. 945/22.
Merseburg, den 3. Juli 1922.
Herzog. Deffert.

Bezahlung der Gas-, Strom- und Wassergeder.
Für diejenigen Verbraucher, welche ihre Gas-, Wasser- und Stromrechnungen unmittelbar selbst an Kassenstelle bezahlen müssen, ist die Einrichtung getroffen worden, daß ab Montag, den 10. 7. 1922,
Montag, Donnerstag und Freitag nachm. von 3—5 Uhr
die Geldbeträge an der jüdischen Steuerkasse zur Annahme der Rechnungsbeträge bereit sind.
Diese Bestimmung gilt erstmalig für die Eingleichung der Maiabrechnung 1922. Die Rechnung für April 1922 wird noch nach dem alten Verfahren erfolgen, die es vorziehen, die Rechnungsbeträge nach wie vor in ihrer Wohnung einziehen zu lassen, haben dem Boten außer den Rechnungsbeträgen eine Einziehungsgebühr von 0,50 ℳ je Rechnung zu bezahlen.
Merseburg, den 6. Juli 1922. VIII. 124/22.
Der Magistrat.

Frühöffnung von Zigarrengeschäften
Nach neuerem ministeriellen Vorschriften kann für Tabakverkaufsläden das Öffnen vor 7 Uhr morgens in Ausnahmefällen auf Antrag vom Gewerbeinspektor gestattet werden, wenn in den betreffenden Geschäften der Kundenkreis nachweislich in den Frühstunden geschlossen werden muß.
Merseburg, den 6. Juli 1922. P. III. 115/22.
Die Polizeiverwaltung.

Leerlingsaanhaling in Betrieben zur Herstellung von Bäcker- und Konditorwaren.
Auf die im Amtsblatt der Regierung zu Merseburg Stück 21, Nr. 382 vom 27. Mai 1922 veröffentlichte Verordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 2. Mai 1922 Nr. IV. 4913 II/III betreffend Lehrlingshaltung in Betrieben zur Herstellung von Bäcker- und Konditorwaren wird aufmerksam gemacht.
Merseburg, den 6. Juli 1922. P. III. 90/22.
Die Polizeiverwaltung.

Lehrlingshaltung im Fleischer- (Schlächter-, Metzger-) und Wurstmachergewerbe.
Auf die im Amtsblatt der Regierung zu Merseburg, Stück 23 Nr. 420 vom 10. Juni 1922 veröffentlichte Verordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 9. Mai 1922 — IV. 5295 — betreffend Lehrlingshaltung im Fleischer- (Schlächter-, Metzger-) und Wurstmachergewerbe wird aufmerksam gemacht.
Merseburg, den 6. Juli 1922. P. III. 132/22.
Die Polizeiverwaltung.

Die in Stück 22 des Amtsblattes vom 31. 3. 1922 veröffentlichte Ordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer hat unterm 3. 5. 1922 — V. 1271/22 — O. P. I. 2276. 1922 — O. P. I. 3785 C. — die Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf die Dauer eines Jahres gefunden. Über die im Punkt 5 der Ordnung erwähnte Angabe über das Halten von Hundesteuerhunden ist erfolgt noch besondere öffentliche Aufforderung.
Merseburg, den 6. Juli 1922. V. 2367/22.
Der Magistrat.

Nachtrag V
zu den Satzungen des Andreasheims der Stadt Merseburg vom 22. September 1909.
Ziffer IV der Satzung vom 22. Dezember 1909 erhält folgenden Wortlaut:
Die Aufnahme in das Andreasheim ist ferner davon abhängig, daß der die Nachkinder vorher
a) entweder sich verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von 2000 Mk. pünktlich und regelmäßig aus seinem Vermögen und aus etwaigen Zuwendungen anzuweisen, wobei vierteljährliche oder einmalige Zahlungen auszuschließen gestattet werden können oder einmalig ein Kapital von 6000 Mk. einzahlt.
Diese Änderung tritt vom 1. Juni 1922 in Kraft. IV. 944/22.
Merseburg, den 3. Juli 1922.
Der Magistrat.
Herzog. Deffert.

Nachtrag V
zu den Satzungen des Altersheims der Stadt Merseburg vom 22. September 1909.
Ziffer III der Satzung vom 22. September 1909 erhält folgenden Wortlaut: Die Aufnahme in das Altersheim ist ferner davon abhängig, daß der die Nachkinder vorher
a) entweder sich verpflichtet, einen jährlichen Beitrag von 3000 ℳ im voraus pünktlich zu entrichten (vierteljährliche Zahlungen können ausnahmsweise gestattet werden) oder
b) einmalig ein Kapital von 6000 Mk. bei einem Eintrittsalter
von 61 Jahren und darüber . . . . . 22 000 ℳ
von 62 Jahren und darüber . . . . . 21 000 ℳ
von 63 Jahren und darüber . . . . . 20 000 ℳ
von 64 Jahren und darüber . . . . . 18 000 ℳ
von 65 Jahren und darüber . . . . . 17 000 ℳ
von 66 Jahren und darüber . . . . . 16 000 ℳ
von 67 Jahren und darüber . . . . . 14 000 ℳ
von 68 Jahren und darüber . . . . . 12 000 ℳ
zu betragen hat.
Bei bereits aufgenommenen Personen können die jährlichen Beiträge erhöht werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dies notwendig machen.

Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 28,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. — Durch die Post bezogen 32 Mark einschließl. Bestell- und Bezugsgeld. — Einzelnummer 1,50 Mark.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 1,50 Mk., im Reklameteil 7,00 Mk., für Ehrifreeanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 3 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 157. Freitag den 7. Juli 1922 49. Jahrg.

Schutzgesetz und Außenpolitik.

Am Donnerstag wurde der Dollar in Berlin mit 460 M bezahlt; soweit diese Ziffer nicht durch Spekulation beeinflußt ist, drückt sich darin das Urteil der maßgebenden ausländischen Geldplätze über die Kreditfähigkeit Deutschlands aus. Infolge des Scheiterns der Anleiheverhandlungen und verschiedener wirtschaftlicher Teilursachen wäre der Marktkurs in diesem Sommer, freilich nicht in dem jetzigen Tempo, unbedingt weiter gesunken, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir etwa im September, wenn inzwischen nichts Wesentliches in der Reparationsfrage geschehen wäre, den heutigen Kurs erreicht hätten. Aber allein das Tempo, in dem das Unausbleibliche sich diesmal vollzieht, birgt die Gefahren der inneren Katastrophe, die jede fernere Regelung der äußeren Verpflichtungen Deutschlands erschweren muß. Für die Beschleunigung des Tempos war in erster Linie der Inlandseindruck der Ermordung Rathenaus maßgebend; und zwangsläufig muß nun jede Wendung der inneren Krise weiter auf den Markkurs drücken. Dabei ist nicht zu übersehen, wie empfindlich insbesondere die New-Yorker Finanzwelt gegen jede Radikalisierung eines Staatswesens zu sein pflegt, mit dem irgendwelche Finanzverbindungen aufgenommen werden sollen. Gegen Sowjetrußland hat sich nicht einmal Frankreich so scharf ablehnend verhalten wie die Vereinigten Staaten, und eine übermäßige Verstärkung des sozialistischen Elements in der deutschen Regierung könnte die Anleihebereitschaft des amerikanischen Kapitals, soweit sie überhaupt noch vorhanden ist, noch weiter herabmindern.

Diese Bedenken müssen heute vorgebracht werden, da die Erweiterung der Regierungsbasis nach links nicht mehr eine bloße politische Forderung, sondern offizieller Verhandlungsgegenstand für sämtliche Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen geworden ist. Aus der Lage der inneren Politik heraus ist diese Regierungserweiterung durchaus verständlich und sie ist sogar dann notwendig, wenn die Sicherheit besteht, daß die Mehrheitssozialisten ohne die Unabhängigen an der Regierung nicht mehr teilnehmen wollen. Bei dem engen Verhältnis, das die beiden Parteien in den letzten Tagen eingegangen sind, und bei der gemeinsamen Abwehrstellung gegen die immer tiefer in wüste Hetze verfallenden Kommunisten ist nicht nur diese Sicherheit, sondern darüber hinaus noch die Wahrscheinlichkeit einer Verschmelzung der beiden Parteien ins Auge zu fassen. Eine Ablehnung der Regierungserweiterung nach links könnte daher die Folge haben, daß die Fusion der beiden sozialistischen Parteien sofort erfolgt und daß man für die Regierungsumbildung mit einer vereinigten sozialistischen Partei von annähernd 180 Reichstagsmandaten zu rechnen hat. Man sieht daraus schon, daß man mit der einfachen Ablehnung der Regierungserweiterung nach links an der tatsächlichen Situation nicht nur nichts ändert, sondern die Krise noch verschärft. Die Erkenntnis dieser Lage hat denn auch dazu geführt, daß die beiden bürgerlichen Regierungsparteien sich an die Deutsche Volkspartei gewandt haben.

Inzwischen ist das Gesetz zum Schutz der Republik von dem Rechtsausschuß einem Unterausschuß übergeben worden, der zunächst die Aufgabe hat, die ziemlich große Zahl der verschiedenen Abänderungsanträge zu gruppieren und sowohl die Verschärfungs- wie auch die Milderungswünsche möglichst auf eine Linie zu bringen. Nach dem bisherigen Verlauf der Ausschußbebatte ist nicht damit zu rechnen, daß das Zentrum und die Demokratie an dem Wesen des Gesetzes Änderungen mitmachen würden; es wird sich also in der Hauptsache darum handeln, sozialistische Verschärfungsanträge abzuwehren und auf der anderen Seite die Wünsche der Deutschen Volkspartei auf ihre sachliche Begründung zu untersuchen. Daß rasche Arbeit nötig ist, gaben bis auf den deutschnationalen Ausschußvertreter alle Redner zu.

Die außenpolitische Wirkung einer Regierungserweiterung nach links, ebenso die nach dem heutigen Stand der Dinge kaum mehr zweifelhafte Undurchführbarkeit dieser Erweiterung haben wir oben berührt; es handelt sich nur darum, wie man die außenpolitische Wirkung dieses Vorgehens so lenkt, daß kein Schaden daraus entstehen kann. Der beste Weg wäre ohne Zweifel der gleichzeitige Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung.

Nicht zu vergessen ist, daß das Urteil des Auslandes über Deutschland in sehr hohem Maße von dem Grad abhängt, in dem sich nun, auf dem Wege über das Schutzgesetz, der Lebenswille des heutigen Deutschland kundgibt. Ist für die Stimmung Amerikas eine einseitige Regierungserweiterung nach links nicht ganz unbedenklich, so ist diese Erweiterung für England und Frankreich ohne Zweifel ein Beweis, daß die so viel berufene „Böswilligkeit" Deutschlands in der Tat nicht besteht; und nach der Regierungserklärung in der letzten Unterhaussitzung, in der die Entwaffnung Deutschlands als alle Erwartungen der Interalliierten Kommission übertreffend geschildert wurde, würde eine Betonung des Linkscharakters der deutschen Regierung jeden weiteren Vorwand für die französische Hetze im Keim ersticken. Die Erweiterung nach links und nach rechts zugleich wäre also die beste Lösung, wenn man die außenpolitische Lage in Betracht zieht; und als kleine Überraschung wäre hier noch anzuführen, daß am Mittwoch der Abg. Dühringer als Vertreter der Deutschnationalen Partei im Reichstage feststellte, man könne der Regierung hinsichtlich ihrer Außenpolitik eigentlich keinen Vorwurf machen. Diese Äußerung steht in krassem Widerspruch zu dem ganzen bisherigen Verhalten der Deutschnationalen und insbesondere zu der bisherigen Tonart ihrer Presse, und sie hebt den Kern der letzten Rede Helfferichs geradezu. Jedenfalls aber läßt diese Äußerung erkennen, daß wir außenpolitisch sehr wohl zu einer Einheitsfront gelangen können.

Die Markkatastrophe: 1 Dollar = 508 Mark.

Die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Reichsregierung bereit!

Berlin, 7. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Deutsch-Volksparteiliche Fraktion hat heute vormittag einstimmig beschlossen, ihr Einverständnis zu dem Schreiben des Zentrums und der Demokraten zu erklären. Der Führer der Deutschen Volkspartei hat dies der Demokratischen und der Zentrumsfraktion offiziell mitgeteilt.

Verhandlungen über Deutschlands neues Kohlenprogramm.

Berlin, 7. Juli. (WTB.) Wie jetzt feststeht, werden die Verhandlungen in Paris über das neue Kohlenprogramm der deutschen Regierung am 10. Juli beginnen.

Weitere Ausdehnung des Zeitungsstreiks?

Berlin, 7. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Nachdem gestern abend im Zeitungsstreik eine gewisse Entspannung eingetreten war, rechnet man heute eher mit einer Ausdehnung auf andere Städte. So soll besonders in München und Leipzig die Lage kritisch sein.

Lärmszenen im Kölner Stadtparlament.

Köln, 7. Juli. (WTB.) In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam es bei Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, für den Kaiser-Wilhelm-Ring und den Hohenzollernring die Bezeichnungen Walther Rathenau-Ring und Erzberger-Ring, für die Hohenzollernbrücke die Bezeichnung Dombrücke bei der Regierung zu erwirken, zu Lärmszenen. Die Mitglieder der äußersten Linken versuchten gegen die Mitglieder der Rechten tätlich zu werden, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Der Putsch in Rio ist niedergeschlagen.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Nachrichten aus Rio de Janeiro melden die Übergabe der von Aufständischen besetzten Festung.

Eine Verhaftung zum Scheidemann-Attentat.

Koblenz, 7. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Im Trierer Krankenhaus wurde ein Mann verhaftet und sofort nach Berlin überführt. Nach den Trierer Zeitungen soll die Verhaftung mit dem Attentat auf Scheidemann in Verbindung stehen.

Neue Tarife für das Erbschaftssteuergesetz.

Berlin, 7. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Steuerausschuß hat heute auf Antrag des Zentrums bei der Beratung des Erbschaftssteuergesetzes folgende neue Tarife beschlossen: Für die 1. Steuerklasse gelten 4 Proz., für die 2. Klasse 5 Proz., die 3. Klasse 6 Prozent, die 4. Klasse 8 Proz., die 5. Klasse 12 Proz. Der Steuersatz soll bei einem Wert des Erwerbes von 100 000 M um 10 Proz., bei jeden weiteren 100 000 um je 10 Proz. erhöht werden, bis zu einer Höhe von 3 Millionen Mark. Dann sollen auf je weitere 4 000 000 M 20 Proz. Steuer erhoben werden.

Die politischen Lage in Holland.

Amsterdam, 7. Juli. (WTB.) Die gestrigen Wahlen zur zweiten holländischen Kammer hatten nach der vorläufigen nichtamtlichen Feststellung folgendes Ergebnis: Rechtsparteien 48, Sozialisten 25, Linksliberale 11, Kommunisten 3, verschiedene kleinere Parteigruppen 13.

Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Paris, 7. Juli. (WTB.) Die beiden Unterausschüsse der gemischten Kommission des Völkerbundes für die Abrüstung, traten gestern nachmittag zusammen. Der erste Ausschuß stellte den Wortlaut der Entschließungen über die Herstellung der Waffen und die Verwendung giftiger Gase im Kriege fest. Der zweite Ausschuß besprach den Abrüstungsvorschlag Lord Ebers. Die Vollversammlung wird heute eine Sitzung abhalten.

Ernster Wille zur Mitarbeit.

Um die große Koalition.

Die Einladung an die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 7. Juli. Die Zentrumsfraktion und die der Demokratischen Partei des Reichstages richteten gleichzeitig einen Brief an die Deutsche Volkspartei, in dem es heißt: Wir hatten bei Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten Becker, Heinze und Stresemann im Reichstage über unsere außer- und innerpolitische Lage gemacht haben, für möglich. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um Äußerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich an der Regierung zu beteiligen.

Der Zusammenschluß der Mittelparteien unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, den wir gestern ausführlicher behandelten, wird nach genauer durch die gleichfalls schon erwähnte Rede Stresemanns beleuchtet, der wir noch folgende Stellen entnehmen: Wir wollen an dem Schutzgesetzentwurf mitarbeiten und ihn zur Verabschiedung bringen. Wir anerkennen das Recht des Schutzes der Verfassung und ihrer Repräsentanten. Daß die rote Fahne zulässig sein soll, andere aber nicht, ist mit der Verfassung der Republik nicht in Einklang zu bringen. Die alte Reichsfahne ist uns nie das Symbol der Partei gewesen, sondern sie war uns das Symbol für den Abschluß der geschichtlichen Kämpfe um Deutschlands Einheit. Aber wir sind durch-

die in Zwickau verübten Verbrechen empfindlich. Für einen Polizeiminister ist das nicht verständlich. Der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" weiß dagegen, was die radikalen Drahtzieher getan haben, mit dem richtigen Wort zu bezeichnen: „verbrecherische Putschtaktik". Die Mißhandlung des wehrlosen und unschuldigen Stadtschularztes Dr. Keller, die Ausplünderung des Rathauses in Zwickau sind Untaten, welche sogar noch viel zu milde mit jenen Worten bezeichnet sind. Es wäre zu erwarten gewesen, daß der Standpunkt des Staates in der Ministerrede schroff betont worden wäre. Nachdem die Nacht hindurch Anarchie geherrscht hatte (die Sipo wurde belagert), gelang es der vom „Aktionsausschuß" gebildeten Arbeiterwehr allmählich, die Massen von der Straße zu bringen und zu beruhigen. Heute zeigt Zwickau wieder das normale Bild.

Mit ähnlichem Befremden stellt man fest, daß auch in Sommerschenburg, wo das Schloß geplündert wurde und unmenschliche Roßeinsätze begangen wurden, die Polizei nicht hinreichend schnell und vor allem zahlenmäßig viel zu schwach eingesetzt worden ist. (Bergl. Bericht über die Vorgänge an anderer Stelle). Wo doch dem Landrat und dem Zivilkommissar, welche in Sommerschenburg vergebliche Beruhigungsversuche anstellten, die große Zahl der Angreifer bekannt war, mußte mit einem starken Polizeiaufgebot vorgegangen werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei derartigen Vorgängen ein rasches und energisches Vorgehen am meisten Menschenleben und Sachgüter schont!

Die Untersuchung über die Vorgänge ist im Gange, jedoch sind Menschenleben vernichtet, Sachschaden angerichtet, das Vertrauen in die Festigkeit unserer inneren Verhältnisse erschüttert. Leider nutzen auch die parteipolitisch besonders einseitigen Zeitungen die Lage wieder aus, indem sie entweder die hier und da auffiammende Anarchie in eine höhnische Beziehung zum Schutze der Republik setzen oder, auf der Gegenseite, schlankweg die Schuld an den Unruhen bei anderen in die Schuhe schieben. Mit solchen Methoden überwinden wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht!

Der Schutz der Reichseinheit.

Der Prozeß Leoprechting hat wieder einmal gezeigt, wie wenig sicher die aus dem Weltkrieg gerettete Reichseinheit auch nach außen hin ist. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß gerade die alten deutschen Kulturgebiete des Westens und Südens, die seit der Zeit der Reformation immer mehr abbröckelten und in den Geltungsbereich der romanischen Kultur hineingezogen wurden, neuerdings nach der kurzen Episode, die wenigstens das deutsche Luxemburg selbständig und Elsaß-Lothringen beim Reiche erhielt, wieder in stärkstem Maße teils unmittelbar gefährdet, teils schon verloren sind. Der Verlust gerade dieser Gebiete wäre aber für Deutschland unerträglich, und der Vormarsch Frankreichs nach dem Osten, der seit den Tagen, in denen Reformation und Gegenreformation das deutsche Reich erschütterten, eigentlich nie mehr ganz zum Stehen kam — auch die Französierung Belgiens gehört auf dieses Blatt —, muß trotz der außenpolitisch schwierigen Lage Deutschlands mit inneren Mitteln, mit den Mitteln der kulturellen Solidarität zum Stehen gebracht werden. Niemand in Deutschland wird glauben, daß die verantwortungslose Mordarbeit der gewissen Organisationen zu dieser kulturellen Solidarität beitragen kann, die wir nötiger haben als das gesamte Parteigezänk und den Streit um überschätzte Außerlichkeiten. Um die Reichseinheit von innen heraus sicherzustellen, brauchen wir aber eine innere Sicherung vor heute in jedem Sinne unzeitigen Umstürzen, und somit ist ein Gesetz, das mit dem Schutz der heutigen Staatsform die Einheit des Reiches und einen gewissen Burgfrieden gewährleistet, nicht nur eine republikanische, sondern eine nationale Notwendigkeit. Das Gesetz, das nun im Reichstagsausschuß beraten wird, mag noch die eine oder die andere Änderung erhalten, zustande kommen muß es, und der Widerstand Bayerns dürfte sich auf einen formalen Protest beschränken, oder er muß durch irgendwelche Verhandlungen auf die Reichweite eines solchen Protestes beschränkt werden. Der deutsche Reichstag muß wissen, daß alle Schwierigkeiten, die dem Schutzgesetz auf parlamentarischem Wege entstehen könnten, nach außen hin als neues Signal für jene Wühlarbeit wirken, die die Abbröckelung Deutschlands nach Westen, Süden und Osten herbeiführen will. Der deutsche Reichstag ist es nicht nur der politischen Reichseinheit, sondern auch der Zukunft der Nation und dem kulturellen Gesamtbild des Deutschtums schuldig, durch möglichst rasche Erledigung eines Ordnungsgesetzes, das als solches den Mut der Feinde des Deutschtums verkleinert, den Anschlägen wenigstens so weit zu begegnen, als dies heute in unserer Macht liegt.

Nach den Unruhen.

In Zwickau ist die Ruhe wieder hergestellt. Gestern hatte der unabhängige Minister Lipinski im sächsischen Landtag eine Erklärung abgegeben, welche leider recht matt und ohne ein scharfes Wort gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220707-18/fragment/page=0007